



medico international

rund- schreiben 03/14

Kurdistan: Überleben in den Bergen
Pakistan: Druck auf Textilunternehmen
Gaza: Gespenstische Normalität

KOMMENTAR	4
ISRAEL/PALÄSTINA	8
PAKISTAN	14
GEWERKSCHAFTSAUFRUF	20
SYRIEN/IRAK	22
PROJEKTE – PROJEKTIONEN	32
MIGRATION	34
EBOLA-INTERVIEW	38
WORKSHOP GO4HEALTH	40
PHILANTHROKAPITALISMUS	42
MEDICO MATERIALLISTE	44
SERVICE/IMPRESSUM	46

Liebe Leserinnen und Leser,

es sind unerträglich schwere Zeiten. Als Mitarbeiterin einer Hilfsorganisation darf man so etwas eigentlich nicht schreiben. Doch dieser Sommer hat die dramatischen Prozesse, die wir in unserem Rundschreiben immer wieder thematisieren, auf schreckliche Weise verdichtet. Der Gaza-Krieg, der Vormarsch von IS in Syrien und im Irak, die Ebola-Krise in Westafrika. In einem Gespräch zwischen der Bundestagsfraktion der Grünen und Hilfsorganisationen wie medico sprach der Vertreter des World-Food-Programms von einer noch nie dagewesenen Anhäufung von „Level-3-Krisen“, der höchsten Stufe für humanitäre Katastrophen in der UN-Skala. Die Unpersönlichkeit dieser Beschreibung macht die Ereignisse nicht erträglicher.

Gespensische Normalität nennt unser Mitarbeiter Riad Othman in seinem Beitrag die Lage in Gaza. Tatsächlich ist keine Ruhe eingeleitet. So ist in den vergangenen Tagen der Vater unseres Kollegen Yousef Abu Slaimeh vom

Menschenrechtszentrum Al Mezan mit 72 Jahren seinen Verletzungen nach einem israelischen Angriff erlegen. Gerade erst war es Yousef gelungen seine Tochter, die einen Angriff mit schweren Verbrennungen überlebt hatte, nach Deutschland auszufliegen. Aktuell erreichte uns die Mitteilung, dass Israel zwischen Jerusalem und Bethlehem 380 Hektar von fünf palästinensischen Dörfern für die Ausweitung des Gush-Etzion-Siedlungsblocks enteignen will. Die umfangreichste Enteignung seit der Besetzung von 1967.

Auch die Lage in Syrien und Irak beschäftigt uns sehr. Martin Glase-napp, der sich seit Beginn des Aufstandes mit der Situation in Syrien auseinandersetzt, besuchte unsere Kollegen im kurdischen Teil des Landes sowie unsere Partner im Nordirak. In vielen Radio- und Zeitungsinterviews hat er über die Situation vor Ort berichtet. In Qamischli traf er den Schriftsteller und Journalisten Taha Khalil und konnte ihn dazu bewegen, einen Text für uns über die dramatische Situation der Jesiden zu schreiben. Viele von ihnen haben Zuflucht im kurdischen Teil Syriens gefunden. Taha Khalil und Karin Mlodoch, die früher für medico im kurdischen Teil des Irak tätig war, und wieder aus dem Nordirak berichtet, erzählen bei aller Dramatik auch bewegende Geschichten von Menschlichkeit und Solidarität.

Dieser hoffnungsvolle Strang setzt sich fort in der ergreifenden Re-portage von Thomas Seibert über die pakistanischen Arbeiterinnen und Arbeiter, die zwei Jahre nach dem verheerenden Brand in einer Textil-fabrik in Karatschi noch immer nicht adäquat entschädigt wurden. Denn hier gelingt aktuell eine übergreifende globale und nationale Solidarität: Rechtsanwältin aus Pakistan und aus Deutschland, drei deutsche Gewerkschaftsvorsitzende von ver.di, IG Metall und DGB, medico international und unsere pakistanischen Gewerkschaftspartner NTUF und Piler finden sich in einer globalen Aktion nicht mit der Ver-weigerungshaltung verantwortlicher Unternehmen ab. So wird aktuell an Klagen pakistanischer Opfer in Deutschland gearbeitet. Und die deutschen Gewerkschaftsvorsitzenden rufen ihre Mitglieder zu Spenden für medico und die Stärkung der Gewerkschaften vor Ort durch die Errichtung eines Gewerkschaftshauses auf. Der Aufruf heißt „Wir stehen am Anfang“. Aber mit dieser Koalition ist ein wirklich guter Anfang gemacht.

Auf diesen Anfang.

Herzlichst,
Ihre




Rettung vor dem Terror:
Jesidische Flüchtlinge auf dem Weg ins kurdische Syrien.



Frieden geht anders

Für eine Politik jenseits
von Gefahrenabwehr

Was die weltweit wachsenden sozialen Spaltungen mit der Zunahme von Gewalt und Krieg zu tun haben

Von Thomas Gebauer

Schon ein flüchtiger Blick auf die Schlagzeilen dieser Tage verdeutlicht den Ernst der Lage. Nicht enden wollende Kriege, Terror und Gewalt an allen Ecken der Welt; Abermillionen von Menschen auf der Flucht; humanitäre Katastrophen eines Ausmaßes, dem die internationalen Organisationen mehr und mehr hilflos gegenüberstehen. Dass in dieser aus den Fugen geratenen Welt heute auch von einer gewachsenen „deutschen Verantwortung“ die Rede ist, müsste nicht falsch sein.

Aber statt die Ursachen dieser Entwicklung anzugehen, setzt die deutsche Politik zunehmend auf militärische Optionen. Unverhohlen drohte der Bundespräsident, der ansonsten so gerne Versöhnung predigt, am Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges von Danzig aus Russland. Quasi zeitgleich beschließt die Bundesregierung erstmals die Lieferung von Waffen in ein Krisengebiet: man müsse Tabus brechen, so die Bundesverteidigungsministerin. Und in die Talkshows mischt sich in die Appelle zur Besonnenheit wieder ein schneidiger Kasinoton.

Man muss kein notorischer Alarmist sein, um davor zu warnen, dass es künftig noch kriegereischer zugehen könnte. Das ist auch in den Kommentaren des Wallstreet Journal zu lesen, von Obamas Beratern zu hören und selbst die wirtschaftliche Elite, die alljährlich in Davos zusammenkommt, hat sich zuletzt höchst besorgt gezeigt. Nicht einmal die Gefahr ei-

nes Dritten Weltkriegs wird heute mehr ausgeschlossen.

Zu erkennen sind jetzt die prekären Folgen einer Politik, die zu immer größeren Spaltungen sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder geführt hat. Eine Politik, die sich heute einem multiplen Krisengeschehen ausgesetzt sieht, das sie zuvor selbst befördert hat.

Im Zuge einer systematisch betriebenen Umverteilung von unten nach oben sind auf der einen Seite märchenhafte Privilegien und gigantische Geldmengen angewachsen, die kaum noch profitabel investiert werden können, und wenn, dann meist nur in spekulativen Bereichen bzw. in der Aushöhlung der letzten Formen öffentlichen Daseinsvorsorge, und auf der anderen Seite Armut, Perspektivlosigkeit, das Gefühl von Bedeutungslosigkeit und sozialem Ausschluss.

Dass aus solchen Spaltungen Gewalt resultiert, sollte nicht überraschen. Sie bleibt heute nicht mehr nur auf die Länder des Südens beschränkt. Die Entwicklung in der Ukraine zeigt, was passiert, wenn konkurrierende Wirtschaftsblöcke darum streiten, wer aus dem Leben der Leute den meisten Profit schlagen darf, und die Menschen selbst fast schon verzweifelt nach Möglichkeiten suchen, wie sie für sich den Wunsch nach Freiheit und Wohlstand, die großen Versprechen der kapitalistischen Moderne, doch noch irgendwie realisieren können.

In ihrer Enttäuschung suchen immer mehr Menschen ihr Heil in populistischen und/oder religiös-fundamentalistischen Bewegungen. Zu beobachten das im Zuwachs nationalistischer Parteien in Europa ebenso wie in der größer werdenden Resonanz von protestantischen Sekten z. B. in brasilianischen Favelas, von Erweckungsprediger in den USA und eben Dschihadisten im Nahen und Mittleren Osten. Solche Bewegungen stiften Identität und entsprechen dem Bedürfnis nach Teilhabe und Schutz. Der Preis freilich ist hoch: er liegt in der Abgrenzung von Andersdenkenden und einer voranschreitenden Polarisierung von Gesellschaften. Nicht Versöhnung ist dann das Ziel, sondern Spaltung.

Auf Facebook rufen heute syrische Islamisten den Menschen im Westen zu: „Ich weiß, wie ihr fühlt. Tief im Herzen seid ihr deprimiert. Die Kur für die Depression ist der Dschihad. Nehmt teil am Dschihad, alle meine Brüder, und fühlt die Ehre, die wir fühlen, das Glück“. Tatsächlich schließen sich heute überall auf der Welt junge Männer zu Banden zusammen, und auch aus Frankfurt machen sich bald jeden Tag Jugendliche auf den Weg nach Syrien und dem Irak – in der trügerischen Hoffnung, dass im Krieg Anerkennung und Perspektive zu finden ist.

Im Zuge ihrer neoliberalen Transformation ist die Welt zu einem höchst unsicheren Ort geworden. Aber statt die Ursachen dieser Entwicklung anzugehen, beschränkt sich Politik meist nur auf Krisenmanagement. Mit allen Mitteln soll der Status quo – und sei er auch noch so prekär – stabilisiert werden. Militär und immer aufwendigere Sicherheitsapparate sorgen für den Erhalt einer Gesellschaftlichkeit, deren soziale Fundamente tagtäglich weiter untergraben werden. Auf das destruktive Potenzial der heute vorangetriebenen Freihandelsabkommen angesprochen, bestätigt ein Vertreter der Bundesregierung: Ja, wir sollten

darauf achten, dass die negativen Effekte für die Länder Süden nicht allzu groß werden.

Solange die Verelendung von Menschen weiter hingenommen wird, hat der Frieden keine Chance. Denn Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg; für Frieden einzutreten erfordert mehr, als nur Waffenexporte zu verhindern. Frieden gründet sich auf eine allen Menschen zuteilwerdende Anerkennung und soziale Gerechtigkeit, mithin auf eine Politik, die über die Ländergrenzen hinweg auf sozialen Ausgleich und Integration drängt. Von solchen Konzepten hat sich die gegenwärtige Politik immer weiter entfernt. Der utopische Überschuss, der zur Gründung der Vereinten Nationen geführt und auch noch die Politik eines Willy Brandt geleitet hat, ist einem pragmatischen Realismus gewichen, der nichts mehr verändern will, sondern nur noch darum bemüht ist, die bestehenden Privilegien und die sie begründenden Machtverhältnisse abzusichern.

Bezeichnend ist, dass der „UN-Wirtschafts- und Sozialrat“ (ECOSOC), der 1946 bei der Gründung der UN gleichbedeutend mit dem „UN-Sicherheitsrat“ konzipiert wurde, heute kaum noch eine Rolle spielt. Die Idee, den Frieden in der Welt über eine allgemeine auf Integration drängende wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu fördern, ist einer „Versicherheitlichung von Politik“ gewichen, die auf Exklusion und Abschottung zielt und selbst in Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik nur noch Instrumente von Gefahrenabwehr sieht.

Frieden geht anders: wer Frieden fördern will, darf seine Mitmenschen nicht als Gegner ansehen, sondern als Träger von Rechten, als Menschen, die einen Anspruch auf Anerkennung haben. Nur so kann es gelingen, Konflikte auf andere als auf mörderische Weise auszutragen. Weil sich Frieden auf Gerechtigkeit

gründet, muss sich Politik, die mehr sein will als internationales Krisenmanagement, zuallererst als globale Sozialpolitik verstehen, die über Maßnahmen der Regulierung und der Umverteilung aktiv auf die Beseitigung des in der Welt herrschenden Unrechts drängt.

Mit Blick auf den erreichten Globalisierungsgrad ist es höchste Zeit, Daseinsvorsorge global zu denken. Es mangelt nicht an den finanziellen und technischen Voraussetzungen, um beispielsweise internationale Institutionen zu schaffen, die Ländern beistehen, die selbst nicht in der Lage sind, den Anforderungen an eine adäquate Daseinsvorsorge zu entsprechen. Längst wäre es möglich, solche Ausgleichfinanzierungsmechanismen einzurichten und so vertraglich gesichert dafür zu sorgen, dass alle Menschen an allen Orten der Welt Zugang zu sozialer Sicherung haben.

Es ist beschämend, dass Politik heute offenbar nur noch dann bereit ist, über globale Abkommen nachzudenken, wenn es um Handels- und Investitionsfragen geht, nicht aber wenn die Rechte und Bedürfnisse der Menschen aufgerufen sind. Genau hier könnte sich die viel zitierte „neue deutsche Verantwortung“ beweisen: als Beitrag zu globaler Umverteilung und Regulierung, um den Menschen zu ihrem Recht zu verhelfen.



Gespensstis Normalität

Gaza nach dem jüngsten Krieg



Nur wenige 100 Meter erlaubt: Die Fischfangzone in Gaza ist extrem eingeschränkt und die Küstengewässer durch Abfälle verschmutzt. Gaza-Strand am 10. August 2014.

che

eg

Zwischen Trauer und Wut: Ein erster Besuch bei den medico-Partnern vor Ort

Von Riad Othmann

Nach rund sieben Wochen Krieg, der in Israel offiziell nicht „Krieg“ heißt, sind über 2.100 Palästinenser tot, die Mehrheit von ihnen Zivilisten, darunter fast 500 Kinder. Auf israelischer Seite starben 66 Soldaten, ein Sicherheitskoordinator und fünf Zivilisten, darunter ein thailändischer Gastarbeiter und eine Beduine. Das sind die nackten Zahlen. Das israelische Kabinett hat beschlossen, das Ganze nicht als „Krieg“, sondern als „Operation“ zu klassifizieren. Die Einordnung hat direkte Auswirkungen auf ggf. fällige Entschädigungszahlungen. Die Behausungen von rund 100.000 Menschen in Gaza sind zerstört oder so stark beschädigt worden, dass sie erst einmal obdachlos sind. Viele campieren neben den Ruinen ihrer zerstörten Häuser. Andere sind bei Verwandten oder in Massennotunterkünften untergekommen.

In diesen sieben Wochen war ich im ständigen Kontakt mit unseren Partnern in Gaza. Schon zwei Kriege haben sie in den letzten fünf Jahren hinter sich: 2009 – drei Wochen und mehr als 1.300 Tote; 2012 wenige Tage. Diesmal wiegen auch die persönlichen Verluste bei den medico-Partnern im Gazastreifen schwer: Keine Organisation, in der nicht Mitarbeiter Angehörige, Freunde oder ihre Häuser verloren hätten. Bei der Palestinian Medical Relief Society (PMRS) hat allein ein Physiotherapeut 17 Verwandte bei einem einzigen Angriff verloren. Zwei weitere beklagen ebenfalls den Tod Angehöriger. Ein Kollege im Menschenrechtszen-

trum Al Mezan kam durch eine israelische Drohne ums Leben, zwei Brüder eines anderen wurden getötet, als sie in einem klar gekennzeichneten UN-Fahrzeug unterwegs waren. Die Liste ließe sich fortführen.

Und wofür? Netanjahu hat weder die Hamas zerschlagen noch den Beschuss aus Gaza ein für alle Mal gestoppt, wie er es bei Kriegsbeginn angekündigt hatte. Die Ereignisse der letzten drei Monate haben die ohnehin schwierigen Beziehungen zwischen Hamas und Fatah beschädigt, was die innerpalästinensische Aussöhnung erschwert und den Interessen der israelischen Regierung nützt. Die Hamas hat keine israelische Zusage erhalten, dass die Blockade aufgehoben oder gelockert wird. Die Klärung aller wesentlichen Forderungen ist auf kommende Verhandlungen vertagt worden. Nicht einmal die Einfuhr dringend benötigter Materialien für den Wiederaufbau ist geregelt (wie noch im Waffenstillstand vom November 2012).

Schon während der Bombardements, als ich wiederholt mit Issam Younis und Mahmoud Aburama von Al Mezan, mit Majeda al-Saqqa von der Culture & Free Thought Association (CFTA) in Khan Younis, mit Bassam Zaout, Maha al-Banna und Aed Yaghi von PMRS telefonierte, war für mich nur schwer vorstellbar, wie man in einer solchen Extremsituation so gefasst sein kann. Vielleicht kommt das von selbst, wenn man begreifen muss, dass man entweder durchdrehen oder versuchen kann, bei sich zu bleiben. Von verschiedenen Seiten habe ich gehört, dass sich leider kein Gewöhnungseffekt einstelle. „Denke nicht, dass uns die Bombardements weniger ausmachen, nur weil es für uns nicht das erste Mal ist. Du würdest damit nicht anders oder schlechter umgehen als wir, nur weil es für dich das erste Mal wäre.“ Dann der erste Besuch in Gaza seit dem Ende der Feindseligkeiten: Die Fahrt von Erez nach Gaza ist in ihrer Normalität gespenstisch.

Es herrscht Verkehr wie immer. Hier und da sieht man ausgebrannte, zerbombte, mitunter vollständig eingestürzte Häuser. Schnell lernt man zwischen den Einschlägen der größeren, von Kampfflugzeugen abgefeuerten Raketen und denen durch Artilleriebeschuss der Haubitzen, Panzer und Kriegsschiffe zu unterscheiden. „Blinde Panzer“ werden sie im Gazastreifen genannt, weil die Einschläge so ziellos erschienen und der Eindruck vorherrschte, man könne jederzeit zufällig von so einem Geschoss getroffen werden.

Meine Hauptkontakte bei unseren Partnerorganisationen wirken fast wie immer. Nur Majeda al-Saqqa spricht darüber, wie wütend und frustriert sie ist. „Für mich ist dieser Krieg nicht vorbei. Solange die Blockade nicht aufgehoben wird, dauert der Kriegszustand an.“ Ein Krieg der lange vor dem 7. Juli 2014 begann. Sie erzählt von verfehlter Hilfe, von einem internationalen Geber, in dessen Auftrag ihre Organisation CFTA Pakete an Binnenflüchtlingsfrauen verteilen sollte, für die sie sich geschämt hat, weil weder CFTA noch die Frauen gefragt wurden, was sie eigentlich brauchen. Es ist nicht die einzige Enttäuschung, von der Majeda berichtet. CFTA, Al Mezan und PMRS können auch die Haltung der Europäischen Union und insbesondere der Bundesregierung während des Krieges nicht nachvollziehen. Sie wissen, was die erklärte Staatsräson Deutschlands ist. Menschen in Gaza sind darüber enttäuscht und wütend, wenn Regierungen politische Stellungnahmen und Schuldzuweisungen wiederholen, ohne die Realitäten vor Ort zu berücksichtigen, von denen sie doch Kenntnis haben müssten. Nicht Demokratie und Menschenrechte verlieren so an Glaubwürdigkeit, sondern die Regierungen, die meinen, sie seien die glühendsten Verfechter dieser Werte, während sie andauernd mit zweierlei Maß messen.

Ein kurzer Besuch in Shuja'iya macht das Aus-

maß der Zerstörung sichtbar. Zahlen werden hier anschaulich. Ein Straßenzug ist weitgehend intakt, man biegt um die Ecke, und es steht kaum noch ein Haus. Ich sehe Trümmerlandschaften. Ein Teil einer großen Schule ist eingestürzt. In einem Haus liegen verkohlte Alltagsgegenstände: ein zerbeulter Ventilator, etwas Nähzeug, eine Sandale, ein zerbeulter Kochtopf. Neben den Ruinen campieren Bewohner der ehemaligen Häuser. Sie wollen nah an ihrem ehemaligen Zuhause sein, vor allem müssen sie aber dafür sorgen, dass ihnen ihr Grundstück erhalten bleibt. Wie all der Schutt

weggeräumt werden soll, weiß niemand. Eine Familie hat versucht, sich etwas Privatsphäre zu schaffen, indem sie eine rechteckige Grundfläche provisorisch mit Teppichen abgehängt hat. Aus diesem „Raum“ kommt ein junger Mann. Er erzählt, wie die israelischen Panzer auf der Straße standen und aus nächster Nähe Granaten in die Häuser geschossen haben. Wände und Mauern sind mit Einschusslöchern großkalibriger Munition übersät. Auf manchen Ruinen haben die Menschen die palästinensische Flagge gehisst, als wollten sie sagen: Seht, wir sind immer noch da.



Sprechstunde bei PMRS, Gaza-Stadt.

MEDICO-HILFE FÜR GAZA

Der israelische medico-Partner Ärzte für Menschenrechte hat während des Krieges mehrfach, aus Spendengeldern von medico finanziert, Lastwagen mit Medikamenten in den Gazastreifen geschickt. In mobilen Kliniken versorgt der palästinensische medico-Partner PMRS Binnenvertriebene. Für 330.000 Euro [Spenden, Mittel des Auswärtigen Amtes und Kinderhilfe Schweiz] konnten die medico-Partner Medikamente und Hilfsmittel beschaffen sowie notfallmedizinische Nachbetreuung leisten. Angesichts eines überforderten Gesundheitssystems senden die Ärzte für Menschenrechte-Israel Mediziner für Operationen nach Gaza und helfen, Ausreisegenehmigungen für Patienten zu erwirken, die auf dringende Behandlungen angewiesen sind. Damit wollen sie zeigen, dass weiterhin Teile der israelischen Gesellschaft für einen gerechten Frieden eintreten.

Unsere Partner vom Menschenrechtszentrum Al Mezan in Gaza-Stadt dokumentieren die Umstände des Todes Hundertler Menschen und die Zerstörung ziviler Infrastruktur, damit Zivilisten Schadenersatz einklagen können. Die Dokumentation soll zudem als Grundlage für die künftige internationale Untersuchungskommission dienen.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Cohen geht

Ein Rückblick auf sieben Jahre gemeinsame Arbeit zu Israel & Palästina

„Ein Cohen in Ramallah – das geht nicht!“ Die damalige Mitarbeiterin von medico in der Westbank, die lange in den besetzten palästinensischen Gebieten gearbeitet hatte, konnte die Entscheidung der medico-Zentrale nicht nachvollziehen, einen Juden mit deutschem Pass und Wohnsitz in Berlin, aber aus Israel stammend zum Büroleiter von medico in Israel & Palästina zu machen. Sie fürchtete um seine Sicherheit. Ich erinnere mich noch an den ungläubigen Ausdruck in den Augen von Tsafrir Cohen, als er von dieser Aufregung erfuhr. Er kannte Jeff Halper, Amira Hass und viele andere Israelis, die in Ramallah gearbeitet, mitunter auch gelebt hatten. Warum sollte das bei ihm ein Problem sein?

Für Außenstehende bleibt das Verhältnis zwischen Israelis und Palästinensern unbegreiflich. „Es gibt keinen ewigen Hass zwischen den beiden. Sie kennen sich und haben gemeinsame Erfahrungen“, sagt Tsafrir, während wir in seinem medico-Büro in Frankfurt sitzen, das wie immer aufgeräumt ist, aber schon die Ordnung des Abschieds atmet. Nach sieben Jahren medico verlässt Tsafrir Cohen medico und geht als Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Tel Aviv.

Es ist die normalste Sache der Welt, dass Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz wechseln. Im Fall von Tsafrir Cohen aber lohnt sich der Blick zurück auf die vergangenen sieben Jahre. Drei Gaza-Kriege hat es in dieser Zeit gegeben, mit



Sie sind gemeinsame Wege gegangen: Tsafrir Cohen (li.) mit Mohammad Njoum, Koordinator des medico-Partners Union of Agricultural Work Committees.

fast 5.000 Toten auf der palästinensischen und knapp hundert auf der israelischen Seite. Der gewachsene Bedarf an humanitärer Hilfe zeigt sich auch darin, dass sich der Haushalt des medico-Büros seit 2007 verdoppelt hat. Der Konflikt verharrt in scheinbarem Stillstand und ewiger Unauflösbarkeit, während Israel unablässig Siedlungen baut. Wie andere Organisationen versucht medico unterdessen, die Entwicklungen darzustellen, dem Konflikt Öffentlichkeit zu verleihen und mit Advocacy-Arbeit, Lobby-Reisen israelisch-palästinensischer Menschenrechtler, mit Ausstellungen,

wie den kritischen Aussagen israelischer Soldaten von Breaking the Silence, die Möglichkeit einer anderen Politik und einer gerechten Lösung zu betonen. Diese Arbeit hat Tsafirir Cohen für medico wesentlich vorangetrieben, in Ostjerusalem, Ramallah und Frankfurt.

Als Tsafirir 2007 erst nach Ostjerusalem und wenige Monate später nach Ramallah zog, ist nichts von den Befürchtungen seiner Kollegen vor Ort eingetroffen. „Für mich waren die Jahre vor Ort, eingebettet in die arabische Welt, und die Zusammenarbeit mit meinen palästinensischen Kollegen eine sehr wichtige Erfahrung.“ Da alle wussten, dass er nicht aus Karrieregründen in der Westbank war, sondern in der Überzeugung, dass eine andere Politik möglich ist, habe man eng und vertrauensvoll zusammengearbeitet und gemeinsam versucht, einen Weg für eine politische Lösung mit zu ebnen – wissend, dass dieser dornig ist. Auf ihm haben auch Tsafirir und die Kollegen in Frankfurt, in Palästina und Israel schmerzliche Verluste erlebt. Die Ermordung von Juliano Mer Khamis, dem jüdisch-palästinensischen Direktor des Freedom Theatre, im Frühjahr 2011 ist eine der Wunden, die sich nicht schließt. Oder die Todesnachrichten aus dem Umfeld unserer Kollegen vor Ort, die uns in den letzten Wochen des jüngsten Gaza-Krieges ereilten.

Was hat sich in diesen sieben Jahren verändert? „Wir beschreiben den Konflikt heute nicht mehr als symmetrisch“, sagt Tsafirir Cohen, „weder medico noch die europäische Politik“. Dass die Grenzen von 1967 verbindlich sind, dass die Siedlungen völkerrechtswidrig sind, dass immer mehr Produkte aus den Siedlungen EU-Importverbote erhalten – all das sei heute Bestandteil offizieller Politik in Europa. Auch könne man heute im Einklang mit fast allen Bundestagsabgeordneten und Regierungsvertretern von besetzten Gebieten und dem „Frei-luftgefängnis Gaza“ sprechen. „Wir beißen al-

lerdings in Deutschland immer dann auf Granit, sobald die israelische Sicherheit betroffen zu sein scheint.“ Diese sei deutsche Staatsdoktrin, die Sicherheit der Palästinenser nicht. Ob er glaubt, dass es im israelisch-palästinensischen Konflikt einen „point of no return“ gibt. Tsafirir schüttelt den Kopf. „Nichts ist in Stein gemeißelt. Israel schafft in einem schleichen-den Prozess zwar einseitig neue Fakten. Und doch gibt es für alle Fragen, wie eine gerechte

„Wir beschreiben den
Konflikt heute nicht
mehr als symmetrisch.“

Zwei-Staaten-Lösung unter diesen Bedingungen aussehen könnte, ausgearbeitete und praktikable Ideen.“ Es fehle am politischen Willen auf Seiten Israels. Klar sei, dass mit den Palästinensern, auch mit Hamas, vieles verhandelbar sei.

Seit 2012 arbeitete Tsafirir Cohen als Nahostreferent in der Frankfurter medico-Zentrale eng mit unserem neuen Büroleiter in Ramallah, Riad Othman, einem Kollegen, der ebenfalls biografische Wurzeln im Nahen Osten hat, zusammen. Das Private ist politisch. In der jüngsten Israel-Palästina-Arbeit von medico hat dies eine besondere Note: Wenn Riad Othmans Vater, der aus einem palästinensischen Dorf in Jerusalem stammt, mit Tsafirir Cohens Eltern einen Tag bringt, fällt die Verständigung nicht schwer. Sie findet auf Hebräisch statt. Unzählige Chancen zum Ausgleich wären vorhanden, gäbe es den politischen Willen sie zu nutzen.

Tsafirir Cohen wird in Tel Aviv, so hoffen wir, eng mit der medico-Arbeit verbunden bleiben. Der Konflikt und unser gemeinsames Anliegen bleiben uns schließlich erhalten.

Katja Maurer

Druck von unten



Foto: Adeela Suleman

Am zweiten Jahrestag des Brandes, der auch als Pakistans „Industrial 9/11“ bezeichnet wird: In Karatschi gedenken Hinterbliebene der 255 gestorbenen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Am 11.9.2012 kam es in einer Textilfabrik in Karatschi zu einer Brandkatastrophe. Jetzt droht dem Discounter KiK eine Klage von Überlebenden

Von Thomas Seibert

Mohammed Hanif ist in Karatschi kein Unbekannter. Im Stil eines bekannten Bollywood-Stars gekleidet, ist der junge Tänzer schon im Fernsehen aufgetreten. Seinen Lebensunterhalt aber verdient auch er durch Akkordarbeit in einer der zahllosen Textilfabriken. Hanif war Näher bei Ali Enterprises – bis zu jenem 11.9.2012, an dem in der Fabrik ein Brand ausbrach und 255 Arbeiterinnen und Arbeiter starben. Pakistans „Industrial 9/11“. Zwei Jahre später kann Hanif noch sehr genau erklären, wie das Gebäude aufgebaut und die Produktion organisiert war. Ruhig berichtet er, wie er inmitten von Flammen und dem tödlichen Rauch einen Außenventilator aus der Wand trat und dadurch eine Öffnung ins Freie schaffen konnte. Zehn Menschen hat er durch das Loch abseilen und retten können, bevor er selbst ohnmächtig wurde und in die Tiefe stürzte. Vielfache Knochenbrüche waren die Folge, manche Nervenbahnen sind dauerhaft beschädigt und die Lunge so angegriffen, dass seine Schilderung der Ereignisse immer wieder durch Hustenanfälle unterbrochen wird.

Hanif ist eines von 50 Ali-Enterprises-Opfern, die wir Anfang September im Tagungsraum eines Hotels der pakistanischen Millionenmetropole Karatschi treffen. Sie gehören der Selbstorganisation der Überlebenden und Hinterbliebenen an, die sich „Baldia Factory Fire Affectedes Association“ nennt. Wir – das sind

der pakistanische Anwalt Faisal Sidiqqi, zwei Berliner Anwältinnen des European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und ich selbst für medico international. Das Treffen dient der Vorbereitung einer Klage gegen den deutschen Discounter KiK, der an diesem verhängnisvollen 11. September bei Ali Enterprises Kleidungsstücke fertigen ließ.

Selbst nach Katastrophen wie dieser ist es jedoch schwierig bis unmöglich, die internationalen Auftraggeber juristisch haftbar zu machen. Verschiedene Unternehmen schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu, mit der Folge, dass keines belangt wird. Trotz öffentlichen Drucks hat KiK bislang bloß lächerliche Summen an die Überlebenden und Hinterbliebenen gezahlt. KiK betont die vermeintliche Freiwilligkeit dieser Leistungen und wehrt sich nach Kräften gegen die Anerkennung rechtsgültiger Entschädigungsansprüche der Opfer. Erst vor sechs Wochen ist in Berlin die vorerst letzte Verhandlungsrunde mit KiK gescheitert, der Anwalt Faisal Sidiqqi kehrte ohne Ergebnis nach Pakistan zurück. Karamat Ali, Geschäftsführer der medico-Partnerorganisation PILER und Verhandlungsführer der Opfer, war gar nicht erst nach Berlin geflogen. Nun soll der Klageweg beschritten werden. In diesem Fall ist das keineswegs aussichtslos, weil KiK der mutmaßlich einzige Auftraggeber von Ali Enterprises war. Deshalb versuchen die Opfer

im Schulterchluss mit medico und Partnern aus Deutschland und Pakistan etwas noch nicht Dagewesenes: ein deutsches Unternehmen vor deutschen Gerichten für eine Katastrophe in einer ins Ausland verlagerten Produktion haftbar zu machen. Es könnte ein Präzedenzfall werden.

Wie Mohammad Hanif erzählen auch die anderen Überlebenden und Hinterbliebenen von ihren Schicksalen. Sie rufen die Namen ihrer Mütter, Väter, Geschwister und Kinder in Erinnerung, die diesen Tag nicht überlebt haben, berichten von eigenen Verletzungen, Verstümmelungen und Traumatisierungen. Sie sind froh, dass die Erlebnisse jedes Einzelnen protokolliert werden – obwohl sie wissen, dass aufgrund der Prozessbedingungen nur drei oder vier von ihnen exemplarisch Klage werden einreichen können. Auf Basis ausführlicher Interviews wollen wir herausfinden, wer als Kläger oder Zeuge in Betracht kommt. Allen Anwesenden ist bewusst, dass die Klage sehr lange dauern wird und ihr Ausgang ungewiss ist. Doch niemandem geht es nur um sich. Immer wieder fallen Sätze wie „Ich möchte helfen, für Gerechtigkeit zu sorgen.“ Oder: „Für mich wird sich nichts mehr ändern. Aber ich will, dass anderen nicht dasselbe passiert.“

Tatsächlich gelingt es reibungslos, sich auf eine Handvoll potenzieller Kläger zu einigen, drei Männer und zwei Frauen. Eine von ihnen ist Saheeda Katoon. Sie war schon vor dem 11. September Witwe, verlor beim Brand ihren Sohn Ejaz Ahmad, lebt von zwei kleinen, zeitlich befristeten Pensionen. Mit den Tränen kämpfend erzählt sie, dass ihr Sohn sie einst hätte begraben sollen, dass sie jetzt nicht weiß, ob überhaupt jemand an ihrem Grab stehen wird. Sie schläft kaum und kocht nicht mehr, ernährt sich von Brot, von Keksen, etwas Obst. Am Ende der zwei Tage hat die Klage Gesichter und Geschichten bekommen, Einzelfälle, die für viele andere

stehen. Vielleicht ist das auch ein Grund, warum KiK inzwischen um ein neues Gespräch gebeten hat. Der Druck auf einen Profiteur der globalen Ausbeutung wächst.

Korangi: Depression Colony

Dass sich an der nichts geändert hat, erleben wir bei unseren nächsten Stationen. Kollegen der Gesundheitsorganisation HANDS, des ältesten medico-Partners in Pakistan, fahren uns in die Bhitai Colony in Korangi, einem Stadtteil Karatschis, wo die Hilfsorganisation ein psychosoziales Gemeindeprojekt begonnen hat. Die HANDS-Aktivistinnen Laldin Balal und Asia Majid nennen die Gegend „Depression Colony“. Wir sehen, in welchen Verhältnissen die Arbeiterinnen und Arbeiter des Weltmark-



Fotos: medico

Einer der potenziellen Kläger: Mohammad Hanif.

tes leben – und welches alltägliche Elend sie an die Werkbänke treibt. Tatsächlich gilt ein Job in einer der Textilfabriken als Hauptgewinn, die meisten hier sind Tagelöhner oder gänzlich ohne Einkommen. Nur die großen Straßen sind asphaltiert, die Seitenachsen trotz der Hitze mit stinkenden Pfützen übersät. „Die Trinkwasserversorgung ist katastrophal, weil sich Frischwasser und Abwässer mischen“, sagt Asia. Viele leiden an Durchfall und Erbrechen, an Hepatitis und Malaria. „Neben der Armut ist das Schlimmste die Aussichtslosigkeit der Tagelöhnerie und die Angst vor dem Jobverlust“, ergänzt Laldin.



Im Stadtteil Korangi: Lebensumstände wie diese machen wie Menschen so ausbeutbar.

Am Anfang des Projekts wurden Frauen aus der Colony zu „Marvi Workers“ ausgebildet – zu Gemeindefrüherinnen mit paramedizinischen und psychosozialen Grundkenntnissen. Jede



Selbstermächtigung der Slumbewohnerinnen im neuen „Marvis“-Projekt des medico-Partners HANDS.



Gesundheits- und lebensgefährlich: In den Weberei-Fabriken in Faisalabad wird unter skandalösen Bedingungen der Stoff für die globale Textilindustrie hergestellt.

Marvi betreut eine Gruppe von bis zu 15 Frauen und organisiert regelmäßige Treffen. „Die Mühsal und die Angst machen die Familien kaputt, viele Männer prügeln, die Frauen versuchen, alles zusammenzuhalten. Die Jungen baden das aus, nehmen Opium, Alkohol und andere Drogen.“ Hält eine Frau das nicht mehr aus, bringt eine Marvi sie zu einer kleinen Klinik. Deren Leiterin Fizza Yasmeen erklärt uns: „Wir leisten hier Nothilfe, nicht mehr und nicht weniger. Aber die Situation ändern – das können wir nicht. Fragen wir die Leute, was sie brauchen, lautet die Antwort: Jobs, mehr Jobs, bessere Jobs.“

Faisalabad: Sector Satwan

Bessere Jobs? Welche Arbeitsbedingungen hier selbstverständlich sind, wissen die Kollegen des medico-Partners NTUF, sei es in den Textilfabriken in Karatschi, sei es in den Webereien in Faisalabad im Nordwesten, nahe der indischen Grenze, wo die Stoffe hergestellt werden. Mit Nasir Mansoor, dem Generalsekretär der Gewerkschaft, reise ich nach Satwan, einem der 29 „Sektoren“ des Industriegürtels von Faisalabad. Die Szenerie in den Fabriken erinnert an den Manchesterkapitalismus vor 100 Jahren in Europa. Im Höllenlärm der dunklen Hallen rattern auf engstem Raum 60 uralte, vom Rost zerfressene Webstühle. Luftfilter gibt es nicht, zentimeterhoch häufen sich die Baumwollfasern. Die Arbeiter drängen sich um die Maschinen und hetzen durch die schmalen Gänge, stets in der Gefahr, irgendwo anzustoßen, hängenzubleiben oder ins rasende Getriebe und Gestänge zu geraten.

Am Ende unseres Weges treffen wir Gewerkschaftsaktivisten des Labour Qaumi Movement (LQM), der vor Kurzem erst gegründeten, stadtteilweise organisierten „Volksbewegung der Arbeit“. NTUF und LQM haben sich gesucht und



Kinderarbeit für den Weltmarkt der Kleider.

gefunden: Die einen sind an neuen Methoden des Organisierens interessiert, die anderen an Verbindungen über Faisalabad hinaus. Der Fabrikbrand des „Industrial 9/11“ hat sie zusammengeführt: „Was in Karatschi die Brände sind“, sagt Ashfaq Budd, Gründer des LQM, „sind bei uns die Unfälle am Webstuhl.“ Auch das LQM muss Prozesse führen: Seit Monaten sitzen 13 ihrer Mitglieder in Haft, angeklagt nach den Anti-Terror-Gesetzen. Die Polizei wirft ihnen vor, unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Organisation vom Besitzer einer Weberei Geld erpresst zu haben.

Nasir Mansoor schlägt vor, mir bei meinem nächsten Besuch die Baumwollfelder zu zeigen, wo unter ebenfalls skandalösen Bedingungen der Rohstoff für die Textilindustrie hergestellt wird. Hier runde sich das Bild der gesamten Produktionskette ab, an deren Ende

sich hierzulande bunte T-Shirts und modische Jeans auf den Warentischen stapeln. Eine erfolgreiche Klage gegen KiK könnte Sand in dieses mörderische Getriebe streuen. So verabschiedet mich der Anwalt Faisal mit den Worten: „Wir starten von Ground Zero. Bis bald in Deutschland!“ Ja. Wir stehen am Anfang.

Die frühkapitalistischen Zustände in Pakistan erinnern an Erzählungen von Charles Dickens. Im Gegensatz zu Dickens, der zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf die aufgeklärte Aristokratie hoffte, hilft den ausgebeuteten Arbeiterinnen und Arbeitern in Pakistan nur das Recht, Rechte zu haben. medico unterstützt mit der pakistanischen Gewerkschaft NTUF ihre Selbstorganisation.

Spendenstichwort: Pakistan

WIR STEHEN AM AN

Der Skandal der globalen Textilproduktion: kein Brandschutz an
Tage die Woche 14 Stunden für einen Hungerlohn arbeiten
Gewerkschaftsmitglieder werden verprügelt, entführt und verhaftet

Vor zwei Jahren, am 11. September 2012, verbrannten in Karatschi (Pakistan) 255 Menschen bei lebendigem Leib, eingeschlossen in einer illegal umgebauten, nicht registrierten Textilfabrik.

Hunderte verloren das Einkommen, an dem ihre fünf-, sechs- oder siebenköpfige Familie hängt. Die Fabrik arbeitete fast ausschließlich für ein großes deutsches Textilunternehmen, das die verzweifelten Überlebenden und Angehörigen jetzt mit einem Almosen abspeisen will. Die Verhandlungen werden verschleppt, der deutsche Auftraggeber bietet nur einen Bruchteil der angemessenen Entschädigung an. Kein Einzelfall, sondern leider Alltag im globalen Textilgeschäft.

Wir stellen mit Schrecken fest: In Südasien wird unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen genäht, was wir in den Fußgängerzonen unserer Städte kaufen - Kleidung, an der Blut klebt. Was in Pakistan geschah, hat sich in Bangladesch wiederholt, mit noch mehr Toten und Verletzten. Trotz der Katastrophe werden die Schwachen, die Näherinnen und Näher, weiter betrogen. Sie sind völlig schutzlos.

Das ist untragbar. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie zäh, wie lange auch in unserem Land um eine menschenwürdigere Arbeit und gewerkschaftliche Rechte gekämpft werden musste und weiter gerungen werden muss. Die Kolleginnen und Kolle-

medico international • Spendenkonto 1800 • Frankfurter Sparkasse
Spendenstichwort: Gewerkschaftshaus Karatschi • www.medico.de

ERSTUNTERZEICHNERINNEN UND ERSTUNTERZEICHNER: Klaus Barthel, MdB, SPD • Prof. Ariane Alice Creischer, Künstlerin • Lars Eidinger, Schauspieler • Sonja Eismann Pegah Ferydoni, Schauspielerin • Susanne A. Friedel, Künstlerin • Prof. Frigga Haug, S. Ästhetik, TU Darmstadt • Uwe Kekeritz, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • Prof. Bobby Kolade, Modedesigner • Prof. Birgit Mahnkopf, Hochschule für Wirtschaft und Rec Seminar für Kulturanthropologie des Textilen, TU Dortmund • Niema Movas Prof. Marion von Osten, Künstlerin, Autorin und Kuratorin • Rupert von Plotnitz, Sta für Gestaltung, Offenbach • Stefan Rebmann, MdB, SPD • Prof. Regina Römhild, H Prof. Barbara Vinken, Modeexpertin und Literaturwissenschaftlerin, LMU München • Manu Wa

NFANG.

den Arbeitsplätzen, keine Versicherung im Krankheitsfall, sechs
n. Wer einer Gewerkschaft beitrifft, riskiert seinen Job.
et.

gen an den Nähmaschinen in Süd- und Südostasien brauchen jetzt unsere Solidarität. Sie brauchen eine angemessene und faire Entschädigung, sie brauchen bessere Arbeitsbedingungen und eine anerkannte gewerkschaftliche Vertretung. Wir alle brauchen ein deutlich verschärftes Haftungsrecht, das deutsche Unternehmen auch im Ausland auf Arbeitssicherheit, auf bessere Arbeitsbedingungen und Anerkennung des Arbeitsrechts verpflichtet.

Wir alle sind die Öffentlichkeit. Wir bitten Sie daher, beim Einkauf darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen Ihre Hose, Ihr Kleid oder Ihr T-Shirt genäht wurde. Wir bitten Sie ausdrücklich um eine Spende für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen. Wir tun das nicht, um die Unternehmen aus ihrer Verantwortung zu entlassen, im Gegenteil: Wir wollen Druck machen. Wir spenden für einen Opferfonds, der medizinische Behandlungen unterstützt. Wir tragen zur Finanzierung von Gerichtsverfahren gegen die Schuldigen hier in Deutschland bei. Und: Wir unterstützen den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Es geht um gute Arbeit und ein gutes Leben. Überall. **Helpfen Sie mit!**

Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender
Reiner Hoffmann, DGB-Vorsitzender
Detlef Wetzler, IG Metall-Vorsitzender

e • BLZ 500 502 01

Bressell, Hochschule Ludwigshafen am Rhein • Prof. Sonja Buckel, Universität Kassel
, Journalistin und Kulturwissenschaftlerin • Klaus Ernst, MdB, DIE LINKE
soziologin und Philosophin • Prof. Alexandra Karentzos, Stiftungsprofessur für Mode und
Gudrun M. König, Seminar für Kulturanthropologie des Textilien, TU Dortmund
ht, Berlin • Thomas Meinecke, Musiker, Schriftsteller und DJ • Prof. Gabriele Mentges,
sat, MdB, DIE LINKE • Beate Müller-Gemmeke, MdB, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
atsminister a.D., Stiftung medico international • Prof. Juliane Rebentisch, Hochschule
HU Berlin • Georg Schramm, Kabarettist • Stephan Thome, Sinologe und Schriftsteller
shaus, Künstler • Prof. Christa Wichterich, Universität Kassel



Große Fluc

Syrien/Irak: Krieg des
schwarzen Terrors



Am Fuß der Schingal-Berge: Am 11. August 2014 erreichen Zehntausende jesidische Kurden die syrische Grenze.

ht



SYRIEN/ROJAVA

Der neuen Westen?

Es ist eine angenehme Gelassenheit, auf die man trifft, wenn die kleine Fähre den Tigris bei Semalka überquert hat und man von einer jungen Grenzsoldatin mit einem Lächeln begrüßt wird. Handschriftlich wird der Name in eine Kladde eingetragen und schon ist man angekommen im Westen Kurdistans, der in Syrien nur Rojava genannt wird. Vielleicht sind Gemeinwesen immer dann besonders sympathisch, wenn sie im Werden sind, wenn das Alte, die ehemals alles beherrschende Macht, vergangen und die neue Ordnung noch nicht verordnet ist. Alles in Rojava strahlt dieses Gefühl einer großen Improvisation aus, ob in Begegnungen mit Ärzten in Flüchtlingslagern, mit Angehörigen der überall sichtbaren militärischen Selbstverteidigungskräfte (YPG) oder aber mit Politikern in der neuen Kantonsversammlung in Amuda. Hier treffen sich Angehörige von Parteien und Nichtregierungsorganisationen wöchentlich zu einer Parlamentssitzung, in der die Alltagsfragen der entstehenden Selbstverwaltung gelöst werden: Gesetzesinitiativen zur Qualitätskontrolle von Lebensmitteln, kommunale Müllabfuhr oder die allgegenwärtige Flüchtlingsversorgung: „Wir entdecken die Freude an der Debatte und am Entscheiden“, sagt Ekrem Heso, syrisch-orthodoxe Christin und Präsidentin der Versammlung. Sie klingt begeistert. Noch in diesem Jahr werden Lokalwahlen stattfinden. Dass die autoritäre Kultur der alten Baath-Partei endgültig vorbei sei, zeige sich auch in den ersten Gesetzesblättern. Sie sind neben dem Kurdischen auch in Arabisch und Suryoyo, der Sprache der Christen der Region, verfasst. Endlich seien wir alle sichtbar, betont Heso. Nicht nur die Kurden haben durch die Dauerhaftigkeit des Festhaltens an ihrer Kultur, durch ihre tradierten Sitten und ihre Sprache die Gefahren der Not und Auslöschung überlebt. Die neue Selbstverwaltung ist daher auch ein demokratischer Einspruch gegen die konfessionalisierte Barbarei, die in weiten Gebieten Syriens wütet. Wer unterdrückt wird, dem wird kollektives Selbstbewusstsein zum Überlebensfaktor. Das zeigt sich auch im Schingal-Gebirge, wo das junge Rojava die verzweifelten Jesiden in einer spektakulären humanitären Intervention vor dem Massenmord rettete.

Martin Glasenapp



Bericht einer Rettung

Bei überlebenden Jesiden aus dem Schingal

Von Taha Khalil

Als der arabische Frühling vor dreieinhalb Jahren auf Syrien übersprang, verkehrte sich sein Charakter. Die anfänglichen Protestmärsche und mutigen Demonstrationen gegen die Herrschaft Baschar al-Assads schlugen um in ein sinnloses Gemetzel zwischen bewaffneten Einheiten, die sich infolge der blutrünstigen Verfolgung des Regimes formierten. Die Gefechte verwandelten sich in einen offenen Bürgerkrieg, und plötzlich tauchte, aus dem Irak kommend, der „Islamische Staat“ (IS) auf und überrollte alle militärischen Kräfte, die sich zuvor gegen das Regime gestemmt hatten. Das Assad-Regime unterstützte sogar die IS-Milizen bei ihrer Einnahme der syrischen Städte und Ortschaften, indem es sie einfach gewähren ließ. So konnte sich IS vom Irak aus in Syrien ausbreiten und seine Herrschaft mit der Ausrufung eines Kalifats namens „Islamischer Staat im Irak und Syrien“ konsolidieren.

Bei den Vorstößen auf Rojava, wie die kurdischen Gebiete im Norden und Osten Syriens genannt werden, waren es einzig und allein die syrisch-kurdischen Militäreinheiten der YPG, die trotz ihrer nur leichten Bewaffnung tatsächlich imstande waren, IS zu stoppen. Nachdem es den IS-Kämpfern in erbitterten Gefechten, die über einen Monat andauerten, immer wieder misslang, die kurdische Enklave Kobane einzunehmen, wandten sie sich nach Mossul und eroberten die Stadt in wenigen Stunden ohne nennenswerten Widerstand seitens der Armee des irakischen Premiers Nuri al-Ma-

liki. Seit IS Mossul in seine Gewalt und hochmodernes amerikanisches Kriegsgerät in seinen Besitz gebracht hat, streben die Dschihadisten die Ausdehnung ihres Gebietes an und ziehen mordend und plündernd durchs Land. Der Schingal war ihr nächstes Ziel.

Zeugen des Angriffs

In Mossul und im Sindschar-Gebirge, auf Kurdisch Schingal, lebt der überwiegende Teil der religiösen Gemeinschaft der Jesiden. Sie gelten als die „echten“ Kurden, wie sie sich über die Jahrhunderte hinweg ihren alten Glauben bewahrt haben. Sie verehren Prophet Zarathustra, auf Kurdisch Zerdesch, und sehen in dem Pfau ein heiliges Symbol. Im Laufe der Geschichte sind die Jesiden – und das ist tief in ihrem Gedächtnis und in ihren Liedern verankert – mehr als siebenzig Mal Ziel ethnischer und religiöser Säuberungskampagnen gewesen, denen rund eine Million Menschen zum Opfer fielen. Erste Übergriffe fanden zu Lebzeiten des abbasidischen Kalifen Al-Mu'tasim bi-llâh im Jahr 838 statt; auch im Osmanischen Reich kam es zu Überfällen; in den 1930ern wurden sie von der Armee des irakischen Königs verfolgt, schlussendlich die genozidalen Anfal-Operationen unter Saddam Hussein.

In der Nacht des 3. August 2014 begannen IS-Kämpfer ihren Vormarsch auf Schingal nur wenige Stunden nachdem die Peschmerga-Ein-

heiten von Masuf Barzani, Präsident der kurdischen Region im Irak, abgezogen waren. Hamka Qulu, ein jesidischer Flüchtling, berichtete mir: „Nachts, kurz nach zwei Uhr begannen sie die Dörfer Siba Scheich Khdr, Tel Aziz und Karzark mit Mörsern zu beschießen. Die spärliche Munition, die wir zur Verfügung hatten, ging uns nach wenigen Stunden aus, und alles brach zusammen. Wir hatten die Peschmerga-Männer gebeten, uns ihre Waffen dazulassen. Aber sie machten sich aus dem Staub und überließen uns dem Tod.“ Ein anderer sagte: „Als die Peschmerga sich zurückzogen und in Richtung Syrien flohen, wussten wir, dass uns ein weiteres Massaker bevorstand.“

Als die IS-Kämpfer Schingal einnahmen, forderten sie die Bevölkerung per Megaphon auf, in den Häusern zu bleiben. Wenige Stunden später stürmten sie die Häuser. Sie töteten jesidische Männer und verschleppten einen Großteil der Frauen in ihre Stützpunkte in Tel Afer, Baadsch und Mossul. Mehr als 1.000 Frauen und Mädchen seien verschleppt worden. Viele, so berichteten Augenzeugen, seien in schwarze Kleidung gehüllt auf dem neu eingerichteten Sklavenmarkt in Mossul zum Verkauf angeboten worden. Besonders schöne Frauen seien für die Befehlshaber ausgesondert und einige zu den IS-Kämpfern im syrischen Raqqa geschickt worden - als Geschenk.

Einer Frau, die sich retten konnte, blieb nur eines: ein kilometerlanger Fußmarsch durch die Ninive-Ebene zur syrischen Grenze. Umringt von Männern spricht sie in die laufende Kamera: „Fotografen kommen und machen Fotos von dem Staub auf meinen Haaren und von meinen nackten Füßen. Kameraleute kommen, bitten mich, kurz stehen zu bleiben. Ich bleibe lange stehen - nicht ihnen zuliebe, sondern weil ich erschöpft bin. Ein Mann vom Fernsehen will, dass ich mich an die Felsenstelle mit dem Gesicht zur Sonne, damit er

nicht gegen das Licht filmen muss. Er will, dass ich mich setze und in den Himmel schaue, den ich nicht sehe. Ich tue es. Ein Kameramann bittet mich, ein paar Schritte zu gehen, er möchte mich von hinten filmen. Ich tue es. Stopp! Ich stoppe. Weiter! Ich gehe weiter. Ich tue es für die Kameraleute, ich tue es, aber kann nicht weinen. Ich, die Jesidin, trage einen Pfau unter dem Arm, den keiner sieht. Ich, die Frau vom Schingal, bin der Schmerz, den die Kameraleute nicht sehen.“

Überleben auf dem Berg

Wieder einmal flüchten die Jesiden vor dem Tod in die Berge. „Die Kurden haben“, wie ein Orientalist einmal feststellte, „nur einen einzigen Freund: die Berge“. In Kolonnen ziehen sie in den Schingal. Kinder, Frauen, Männer, Alte. Nachts vor Erschöpfung, tags vor Hitze brechen sie zusammen. Wasser gibt es nicht. Frauen gebären auf der Flucht, lassen die Neugeborenen zurück unter tauben Steinen. Mädchen, denen das Grauen in Mark und Bein kriecht, stürzen sich in die Schluchten des Schingal, um nicht IS in die Hände zu fallen. „Töte mich und begrabe mich hier unter den Steinen, bevor IS kommt“, flehte eine alte Frau ihren Sohn an. Der Sohn tat es. Alles um die Fliehenden scheint leblos, auf dem Weg Tote, hingerichtet von den Schwertern des neuen Kalifats.

Die Überlebenden kampieren in den Bergen auf nackten Felsen, gedemütigt, zitternd. Hunger und Durst haben sie vergessen angesichts der Tyrannei jener Muslime. „Sie drangen nachts in unser Dorf ein“, berichtete eine Frau aus Kojo, „und trieben etwa 400 Jungen und Männer und über 200 Frauen in die Dorfschule. Sie trennten Frauen und Männer, dann wurde geschossen. Als eine Stunde lang keine Schüsse mehr fielen, wussten wir, dass sie fort waren. Wir gingen zur Schule und bargen die Leichen der 400 Jungen

und Männer. Alle Männer von Kojo. Staubbedeckt und blutverschmiert. Von den Frauen fehlt jede Spur. Drei von ihnen sind meine Töchter. Geraubt als Beute für den arabischen Frühling und zum Gedenken an all die Verbrecher, die unzählige solcher Gräueltaten an nicht-muslimischen Völkern verübt haben.“ Trauer, Wut, Warten, so die Lage der Menschen.

Indessen rückten syrisch-kurdische YPG-Einheiten und Guerilla-Kämpfer der PKK an und übernahmen die Verteidigung des Schingal. Obwohl am ersten Tag nur zehn Mann zugegen waren, konnten sie den Vormarsch von IS stoppen, indem sie Posten auf dem strategisch wichtigen Gipfel bezogen, der das jesidische Heiligtum Scharaf ad-Din überblickt. Sie töteten einige IS-Kämpfer und zerstörten ein mit einem schweren Maschinengewehr ausgerüstetes Fahrzeug. Zwischen den kahlen Felsen und der Verzweiflung keimte bei den Flüchtlingen nun Hoffnung auf. Jetzt wurde auch wieder von Wasser und Lebensmitteln gesprochen. Viele Menschen, vor allem Kinder, erlagen Hunger, Durst, Kälte. Einige Frauen zeigten mir ihr Handgelenk. Sie hatten es aufgeschnitten, um ihrem verdurstenden Kind Flüssigkeit zuzuführen. Die Wunden waren noch offen.

Mamo Scheikho, einer der Jesiden, die ich in dem von den YPG-Einheiten zwischen Rojava und Schingal geschaffenen humanitären Korridor traf, berichtete: „Zwei Tage nach unserer Ankunft im Schingal sahen wir ein Mädchen. Unablässig schrie sie: ‚Sie haben mich vergewaltigt. Zehn IS-Kämpfer haben mich vergewaltigt.‘ Kurz darauf stürzte sie sich vom Berg in die Tiefe.“ Mamo Scheikhos Stimme erstickte in einer Flut von Tränen. Als die Männer des neuen Kalifats nicht zu den Jesiden im Schingal vordringen konnten, ließen sie einige Frauen, die sie vergewaltigt hatten, frei, damit die Familien von der Schändung erführen und sich gedemütigt fühlten.

Ungewisse Zukunft

Noch immer kampieren 5.000 Menschen im Schingal. Sie harren aus auf dem nackten Boden, geschützt allein von neu gebildeten Einheiten der jesidischen Selbstverteidigung und kurdischen Guerillas. „Hier werden nicht bloß zehn oder zwanzig Menschen getötet“, sagte ein Kämpfer, der in Scharaf ad-Din postiert war. „Nein, das Schlimme ist, dass es einen langfristig angelegten Plan gibt, dieses Volk samt Kultur, Religion und Erbe auszurotten. Ein Volk, das älter und aufgeschlossener ist als alles, was diese Leute zu bieten haben. Und was macht der Rest der Welt? Statt uns und ihnen zu helfen, dass sie in ihre Häuser und zu ihren Heiligtümern zurückkehren können, ermuntert man sie, nach Europa auszuwandern. Diese Ermunterung ist im Grunde auch eine Form von Genozid an ihnen.“

Die Menschen sind von einer tiefgreifenden Erschöpfung gezeichnet, aber auch durch einen scheußlichen Verrat aus nächster Nähe. „Nicht nur IS schlachtet uns ab“, berichtete ein Betroffener. „Auch die Bewohner einiger arabischer Dörfer der Umgebung haben mitgeholfen, uns zu töten und auszuplündern. Ich habe gesehen, wie einer, den ich gut kenne, mitmachte.“ Bis die Welt erwacht und der Gott der neuen Welt, der US-amerikanische Präsident Barack Obama, aus seinem Wirtschaftsschlummer aufersteht, wird so mancher Jesidin die Stimme ersterben, wenn sie in die Gewalt jener - nicht selten in einem wohlhabenden demokratischen Land aufgewachsenen - Unmenschen gerät. Und im Schingal wird viel Basilikum wachsen, begossen mit dem Blut der Opfer.

Aus dem Arabischen von Leita Chammaa

Der Schriftsteller und Journalist Taha Khalil lebt im syrisch-kurdischen Qamischli (Rojava).



Flucht vor der Gewalt ins sichere Kurdistan, Kanaqin, August 2014.

Solidarisch in blanker Not

Irak: Die kurdische Zivilgesellschaft hilft zwischen allen Fronten

Von Karin Mlodoch

Nach Schätzungen des UN-Flüchtlingshilfswerks sind im Irak zurzeit mehr als 1,5 Millionen Menschen auf der Flucht. Ein Großteil der Flüchtlinge sucht Schutz in der kurdisch verwalteten Region im Nordirak: Hunderttausende in den Provinzen Duhok und Erbil; weitere Zehntausende im Südosten der kurdischen Region im Germian-Gebiet. Hier gibt es nicht nur seit Wochen heftige Gefechte zwischen IS-Milizen und verschiedenen kurdischen Kräften um die Städte Jalawla und Saadya, sondern auch die Luftangriffe der irakische Armee führten dazu, dass Zehntausende von kurdischen, arabischen und turkmenischen Menschen in Panik nach Kanaqin entwichen. Viele fliehen vor dem Terror der IS-Milizen, andere vor den irakischen Luftangriffen, wieder andere aus Angst vor den schiitischen Milizen und deren Racheaktionen an der sunnitischen Bevölkerung. Ihre Geschichten sind dramatisch: Fast alle haben Angehörige verloren, selbst Gewalt erlebt, ihre Häuser wurden zerstört; meist haben sie tagelange Fußmärsche hinter sich.

Kanaqin selbst ist eine multiethnische Stadt mit ca. 200.000 Einwohnern, einer großen kurdisch-schiitischen Gemeinde, sowie turkmenischen und arabischen Bevölkerungsgruppen. Zurzeit kurdisch kontrolliert, gehört sie zu

den umstrittenen Gebieten, auf die sowohl die irakische Zentralregierung als auch die kurdische Regionalverwaltung Anspruch erheben. 70.000 Flüchtlinge sind aktuell registriert. Alle Ankommenden werden von kurdischen Sicherheitskräften kontrolliert. Die Angst ist groß, dass mit den Flüchtlingen IS-Kämpfer oder deren Familien in die Stadt kommen könnten. Flüchtlinge, die Freunde oder Verwandte haben, die für sie bürgen, können in der Stadt in Mietwohnungen, Pensionen oder notdürftig auf halbfertigen Baustellen unterkommen. An die zehntausend vor allem arabisch-sunnitischer Familien, mehr als 10.000 Menschen, die keine Bürgen finden, sind in vier Zeltlagern am Rande der Stadt untergebracht.

Lokale Vernetzungen

Hier leisten UN-Organisationen, internationale, regionale und lokale NGOs und die Bevölkerung von Kanaqin Hilfe, koordiniert von der Stadtverwaltung und der örtlichen „Organisation der Demokraten“. Es gibt - wenn auch unzureichend - Wasser, Strom und sanitäre Anlagen; Essen wird über Großküchen bereitgestellt, in jedem Lager gibt es eine Gesundheitsstation. Angesichts der ständig wachsenden Zahl von

Flüchtlingen, ihrem katastrophalen psychischen und gesundheitlichen Zustand und der extremen Hitze in den in sandigen, schattenlosen Ebenen angesiedelten Camps bleibt der Hilfsbedarf immens.

Schon seit Mitte Juni 2014 leisten Haukari und die lokale Gesundheitsorganisation Kurdistan Health Foundation (KHF) mit Unterstützung von medico international eine akute Nothilfe für die Flüchtlinge in den vier Zeltlagern. Beide Organisationen arbeiten seit vielen Jahren in der Germian-Region, haben langjährige Kontakte zur lokalen Verwaltung und Zivilgesellschaft und können flexibel und direkt am akuten Bedarf orientiert Hilfe leisten. So wurden die provisorischen Krankenstationen in den Flüchtlingslagern mit Kühlschränken, Generatoren und Medikamenten unterstützt. Tausende Mütter von Neugeborenen und Kleinkindern

„Als Saddam Hussein uns zwangsumgesiedelt hat, haben uns nur wenige arabisch-sunnitische Nachbarn geholfen. Heute geben wir diese Geste zurück“

stehen angesichts der erlebten Grausamkeiten unter Schock, sind voll Sorge sowie erschöpft von der Flucht und haben keine oder zu wenig Muttermilch um ihre Kinder zu nähren. Es werden daher unter ärztlicher Aufsicht Zusatznahrung für die Kleinkinder sowie Hygieneartikel für Frauen verteilt. Daneben werden entlastende Maßnahmen für die Bevölkerung von Kanaqin gefördert, auch um die beginnenden Spannungen zwischen Bevölkerung und Flüchtlingen abzubauen. Nachdem es einigen Unmut gab über die vorübergehende Nutzung von Schulen sowie Sportanlagen als Notunterkünften und deren Beschädigung, wird jetzt

der Stadtverwaltung von Kanaqin dabei geholfen, dass eine Instandsetzung des örtlichen Fußballstadions mit aktiver Beteiligung von Jugendlichen aus den Flüchtlingslagern gelingt.

Gesamtirakische Solidarität

Aber jenseits dieser Alltagskonflikte ist auch im Germian-Gebiet die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung enorm – und keineswegs selbstverständlich. Insbesondere gegenüber den arabisch-sunnitischen Flüchtlingen gibt es tiefsitzendes Misstrauen. Jahrzehntlang hat die arabisch-sunnitische Bevölkerung das Rückgrat für die Gewaltherrschaft des Baath-Regimes gebildet. In der Germian-Region gibt es kaum eine kurdische Familie, die unter Saddam Hussein nicht von Zwangsdeportation betroffen war oder Angehörige verloren hat. Umso beeindruckender ist ihre jetzige Solidarität mit allen Flüchtlingsgruppen. „Als Saddam Hussein uns damals nach Ramadi zwangsumgesiedelt hat, waren es einige wenige freundliche arabisch-sunnitische Nachbarn, die uns geholfen haben, zu überleben. Heute geben wir diese Geste zurück“, sagt ein kurdischer Mitarbeiter einer lokalen NGO im Camp Bahary Taza. Im nahegelegenen Rizgari organisieren Frauen, die bei den Anfal-Operationen der irakischen Armee 1988 Männer, Söhne und Brüder verloren haben, eine Nachbarschaftshilfe für dort Schutz suchende Frauen aus Baquba. Ihnen habe damals niemand geholfen, sagen sie. Auch habe sich noch nie ein arabisch-sunnitischer Araber bei ihnen entschuldigt für das ihnen angetane Leid. „Aber diese Frauen sind auch Mütter, die nur ihre Kinder schützen wollen. Deshalb helfen wir ihnen.“

Inmitten des Gewirrs aus Konfliktlinien und Akteuren finden sich hier großartige Zeichen gesamtirakischer Solidarität gegen die Brutalität und das Sektierertum des salafistischen

Kalifats. Auf der politischen Bühne kommt eine solche gesamtirakische Allianz hingegen nur zögerlich in Gang. Die nun gebildete neue Zentraleregierung unter Ministerpräsident Haider al-Abadi hat Entscheidungen zu den Kernkonflikten zwischen kurdischen, schiitischen und sunnitischen Fraktionen erstmal verschoben; die kurdische Fraktion hat der Regierung nur „auf Probe“ zugestimmt. Es bleibt zu hoffen, dass es der irakischen Regierung dennoch

gelingt, erste Schritte zu einer gemeinsamen Strategie gegen den „Islamischen Staat“ zu entwickeln – eine Voraussetzung, um den neuen und alten Terror im Irak besiegen zu können. Wenn die Gesellschaft selbst wie in Kanaqin im eigenen alltäglichen Handeln der Politik vorgeht, dann sind es die Politiker in Bagdad, die von ihr zu lernen haben.

Karin Mlodoch arbeitet bei Haukari e.V.



**Zusatznahrung für
entkräftete Kinder.**

MEDICO-HILFE IN SYRIEN UND IM IRAK

Syrien und der Irak sind allen Schreckensmeldungen zum Trotz noch immer Regionen einer ethnischen und konfessionellen Vielfalt, in der seit vielen Jahrhunderten unterschiedliche Ausprägungen des muslimischen und des christlichen Glaubens zusammenleben. Das alte Europa hat zwar historisch der Region in einem autoritären Akt Grenzen und Staatsgebilde verordnet, aber die kulturelle Diversität bestand bereits vorher.

Die solidarische Nothilfe in den kurdischen Gebieten Syriens und des Irak ist mehr als nur eine humanitäre Aktion, sondern auch eine politische Antwort auf die radikale Kriegsführung des „Islamischen Staates“, dessen Terror die Kultur und Geschichte dieser Region auslöschen will. In Syrien hilft medico der vom IS-Terror bedrängten kurdische Enklave Kobane mit einer Blutbank und bereitet weitere medizinische Transporte für die jesidischen und innersyrischen Flüchtlinge in Rojava vor. Im kurdischen Kanaqin im Irak versorgen die lokalen medico-Partner Haukari und KHF ebenfalls all jene, die vor der konfessionalisierten Gewalt fliehen müssen. Die Bereitstellung von Wasser, Medikamenten und Zusatznahrung für Babys soll auch verdeutlichen, dass es um eine plurale Gesellschaft geht, in der alle Kriegsflüchtlinge, ob sie nun Jesiden, Christen, schiitische Kurden oder sunnitische Araber sind, ein Recht auf Unterstützung und Teilhabe haben.

Spendenstichwort: Kurdistan

Projekte Projektionen



Foto: medico

Die weißen Bänder

Sierra Leone: medico-Partner schafft Orte der Erinnerung

Der bis 2002 andauernde, durch „Blutdiamanten“ finanzierte Bürgerkrieg in Sierra Leone hat ein tief traumatisiertes Land hinterlassen, das noch heute um die Aufarbeitung der Verbrechen und die Erinnerung an das Leid und die Opfer ringt. Unterstützt von medico hat die „Memorial Working Group“, zu der sich Künstler und Journalisten zusammengeschlossen haben, in mehreren Gemeinden dezentrale Gedenkveranstaltungen und -stätten initiiert. Jüngst hat die Gruppe eine Ausschreibung für die Gestaltung eines Friedensdenkmals auf dem ehemaligen Gelände des Strafgerichts-

hofes in der Hauptstadt Freetown gewonnen. Ihr Entwurf eines Memorial Garden sieht einen Raum der Begegnung vor, der Platz für eigene Formen der Erinnerung bietet. In bislang realisierten Gedenkstätten hängen etwa viele Menschen weiße Bänder mit den Namen von Angehörigen, die sie im Kriege verloren haben, in die Bäume. Sie greifen damit ein Symbol auf, mit dem seit einigen Jahren derer gedacht wird, die bei dem Versuch nach Europa zu gelangen, im Mittelmeer ertrunken sind. Zufall ist die Übernahme dieses Symbols nicht: Denn auch viele Sierra Leoner haben vergeblich versucht, dem Bürgerkrieg durch die Flucht Richtung Norden zu entkommen.

Spendenstichwort: Sierra Leone

In unsicheren Zonen

Afghanistan: Versammlungen der Kriegsoopfer

Im schier immerwährenden „Krieg gegen den Terror“ geht es nicht primär darum, Territorien zu erobern und langfristig zu besetzen, sondern sie zugänglich zu halten oder durch die Beseitigung eines unliebsamen Regimes zu öffnen. Der Fall Afghanistan zeigt, wie eine barbarische Theokratie, die die globale Ordnung bedrohte, zunächst gestürzt, dann aber durch ein korruptes Regime ersetzt wurde, in dem die alten Warlords erneut zu Macht gelangten. In den letzten 13 Jahren hat der Westen die unglaubliche Summe von 500 Milliarden Dollar in Afghanistan investiert. Dennoch ist das Land noch immer eines der ärmsten der Welt. Nutznießer des Geldregens waren allein die lokalen Eliten. Trotz des Abzugs des Westens

kämpfen jene weiter, die sich weder mit dem religiösen Terror der Taliban, noch mit der korrupten Gewalt der neuen Nomenklatura und alter Warlords abfinden wollen. Etwa der medico-Partner AHRDO, eine afghanische Menschenrechtsorganisation, die eine besondere Versöhnungspraxis etablierte. In sogenannten Kriegsoopferäten werden jene zusammengeführt, die Opfer der verschiedenen Gewalten wurden: der afghanischen Kommunisten, der sowjetischen Armee, der Mudschaheddin, der Taliban und nicht zuletzt der ISAF-Besatzungstruppen, einschließlich der Bundeswehr. Und jetzt traut sich AHRDO auch in jene Gebiete, die seit dem Abzug des Westens wieder zum Terrain nachrückender Taliban wurden, etwa in die Region Nangarhar, ganz im Osten des Landes. Mutige Partner.

Spendenstichwort: Afghanistan

Die Zeit der Träume

Sri Lanka: Abschied von Sarath Fernando

Er war einer der ersten Partner medicos auf Sri Lanka nach dem Tsunami im Jahr 2005. Wir wussten nichts vom politischen Leben der Insel. Über ihn gewannen wir viele Kontakte und lernten, warum der singhalesisch-tamilische Krieg nicht einfach ein „ethnischer Konflikt“ war, sondern immer auch ein sozialer Kampf ist. Er war einer der führenden Menschenrechtsaktivisten, der sich trotz der allesbeherrschenden Militärgewalt stets mit eigenem Namen zu Wort meldete. Im Alter von 72 Jahren starb am 7. September Sarath Justin Fernando. Er war Singhalesen und eine der wichtigsten Stimmen der sozialen Bewegungen: im Kampf für die Selbstbestimmung der Minderheiten wie

im Kampf gegen die Ausplünderung der Natur. 1971 saß Sarath erstmals Monate im berüchtigten „Magazine“-Gefängnis nahe Colombo. Vielleicht war Geduld auch deshalb eine seiner Tugenden: Gespräche konnten sich mühelos bis zum frühen Morgen ziehen. Sechs Monate vor seinem Tod schloss er auf knapp 40 Seiten die „Geschichte meines Lebens“ ab. Vor dem letzten Kapitel heißt es: „Jetzt beginnen die letzten Tage. Mein Leben in diesem physischen Selbst wird in ein paar Jahren zu Ende sein, vielleicht auch früher. Zeit, von meinen Träumen zu sprechen.“ Die lokalen medico-Partner, werden ihre Arbeit jetzt auch im Namen dieser Träume fortsetzen: Selbstermächtigung der Armen, Bewahrung der Natur, gleiche Rechte für alle.

Spendenstichwort: Sri Lanka

Gehen, um zu überleben

Zentralamerika: Die wachsende Gewalt treibt auch immer mehr Kinder und Jugendliche zur Migration in die USA

Von Dieter Müller

Rubén Figueroa steht an der Sozialstation der Behörde für Kinder, Jugend und Familie in San Pedro Sula in Honduras und beobachtet, wie neuerlich eine Buskolonne mit Menschen eintrifft, die aus Mexiko abgeschoben wurden. Sieben Busse sind es heute mit 155 Minderjährigen und 99 Müttern. „Seit Beginn des Jahres 2014 sind bereits mehr als 5.000 Menschen allein hier in San Pedro Sula von den Behörden in Empfang genommen worden“, erklärt der Aktivist des medico-Partners Movimiento Migrante Mesoamericano (M3), das sind schon jetzt deutlich mehr als im gesamten Vorjahr. „Einige sagen, dass sie sich wieder auf den Weg machen werden. Denn hier ist ihr Leben in Gefahr. Sie werden von den Pandillas, den Jugendbanden in Honduras, bedroht.“ Und in den Städten und Dörfern, aus denen sie einst aufgebrochen sind, ist die Lage nicht besser.

Waren es bislang vor allem Armut und Perspektivlosigkeit, die die Menschen in Zentralamerika dazu bewegten, ihre Heimat zu verlassen, hat sich die Situation verändert: Nicht mehr nur der Traum von einem anderen Leben, sondern die Angst ums nackte Überleben zwingt die Menschen in Honduras, El Salvador oder Guatemala, den gefährlichen Weg Richtung Norden zu wagen. „Das zentrale Problem ist, dass in ihrer Heimat ihre Grundrechte nicht gewährleistet sind“, sagt Fray Tomás, medi-

co-Partner von der Migrantenherberge La 72 an der mexikanisch-guatemalteckischen Grenze. Er erzählt von einer Karikatur, auf der drei Kinder erklären, warum sie in die USA migrieren wollen. Ihre Antworten: „Ich bin auf der Suche nach meinem Vater.“ – „Ich fliehe vor meinem Vater.“ – „Was ist ein Vater?“

Forderung nach würdigem Transit

Die wachsende Gewalt in Zentralamerika führt dazu, dass sich verstärkt Jugendliche auf den Weg Richtung Norden machen. So waren unter den über 6.000 Menschen, die in der Herberge La 72 von Januar bis Mai 2014 aufgenommen und betreut wurden, etwa 1.000 Frauen mit Kindern und rund 800 unbegleitete Jugendliche. Schätzungen gehen von über 60.000 Minderjährigen aus Zentralamerika aus, mit denen die USA 2014 rechnen müssen. Angesichts dieses neuen Phänomens und der fast täglichen Berichterstattung über dramatische Einzelschicksale hat das Weiße Haus die Lage an der südlichen Grenze der USA jüngst als humanitäre Krise bezeichnet. Präsident Obama forderte daher die zentralamerikanischen Regierungen auf, ihre Bürgerinnen und Bürger davon abzubringen, sich illegal in die USA zu begeben, woraufhin diese hastig Aktionsprogramme lancierten. So hat die Regierung El Salvadors eine Aufklä-



Foto: Eneami Pineda

Rubén Figueroa, M3-Aktivist, mit einer Gruppe minderjähriger Migranten, die in Chiapas in Mexiko auf den Güterzug warten, um weiter in Richtung USA zu reisen.

rungskampagne angekündigt, mit der vor allem Minderjährige und ihre Eltern für die Risiken der Migration sensibilisiert werden sollen.

Marta Sánchez kritisiert diesen Diskurs, der den Eltern unterstellt, unverantwortlich zu handeln. „Bei den unbegleiteten Minderjährigen handelt es sich in der Regel nicht um Kleinkinder, sondern um Jugendliche, die aufgrund der Lebensumstände in ihren Heimatländern oft schon viel Verantwortung übernehmen müssen“, sagt Marta. „Diese Menschen sind Opfer extremer Gewalt und nur deshalb auf der Flucht.“ So erzählt sie von einer Mutter, deren beide älteste Kinder in Honduras ermordet wurden und die sich deshalb mit ihren drei jüngeren Kindern nach Norden durchzuschlagen versucht. Sie habe gesagt: „Soll ich denn in Honduras bleiben und warten, bis alle meine

Kinder ermordet werden?“ Insofern finde die eigentliche humanitäre Krise nicht in den Aufnahmeflagern im Süden der USA statt, sondern in den zentralamerikanischen Herkunftsländern. „Würde die Situation dort als solche anerkannt, könnten die internationalen Übereinkommen zum Schutz von Flüchtlingen in Kraft treten.“ Fray Tomás ergänzt: „Der Präsident und die Verantwortlichen im Lande sollten sich zu humanitären Helfern erklären, die die Flüchtenden so aufnehmen, wie sie es früher mit den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Guatemala oder mit jenen getan haben, die vor Nazideutschland fliehen mussten.“ Und wenn schon kein „freier Transit“ durchsetzbar erscheint, müsste es zumindest darum gehen, einen „würdigen Transit“ zu ermöglichen. „Doch was tut die mexikanische Regierung? Sie verstärkt Verbote, Kontrolle und Abwehr.“

Aufrüstung entlang der Routen

Tatsächlich haben die Regierungen von Mexiko, Guatemala und den USA im Rahmen des neuen Abkommens „Programa Integral Frontera Sur“ ein koordiniertes sicherheitspolitisches Vorgehen vereinbart. Um Migrationsbewegungen verschärft und frühzeitig zu unterbinden, stehen Hunderte Millionen Dollar bereit. Mit dem Ziel, den Transit durch Mexiko zu erschweren, wurden entlang der Bahnstrecke massive Kontingente von Armee und Bundespolizei zusammgezogen. Streckenabschnitte, an denen die Züge ihre Geschwindigkeit drosseln und Migranten aufspringen konnten, sind umzäunt oder umstellt worden. Die Gleisanlagen werden so ausgebaut, dass der Zug mit konstant hoher Geschwindigkeit fahren kann. Die zynische Begründung: All dies geschehe, um Unfälle zu verhindern. Ein Aktivist aus Veracruz bestätigt, dass auf den meisten Zügen nicht mehr wie bislang Hunderte Personen gen Norden reisen, sondern nur noch wenige Dutzend. „Die große Zahl bot aber auch einen gewissen Schutz. Heute müssen sie sich in kleinen Gruppen durchschlagen und sind Kriminellen noch stärker ausgeliefert.“ Das sieht Rubén Figueroa von M3 genauso: „Indem man den Menschen die Züge nimmt, müssen sie auf andere, noch gefährlichere Routen ausweichen und sind stärker auf Schlepper angewiesen.“ „Auf zynische Weise erledigt Mexikos Präsident Peña Nieto die schmutzige Arbeit für Barack Obama“, so Fray Tomás.

medico-Partner und andere Menschenrechtsgruppen protestieren vehement gegen diese neuen Entwicklungen. Sie begleiten Migranten auf den Güterzügen, informieren sie über aktuelle Gefahren und versuchen die Öffentlichkeit in Mexiko und international aufzurütteln. Und immer wieder machen sie darauf aufmerksam, dass weder Sensibilisierungskampagnen noch repressive Abschottung etwas an den Ursachen

ändert, die die Menschen aus Zentralamerika fliehen lässt. Gefordert wären tiefgreifende Veränderungen der sozioökonomischen Bedingungen und ein Ende der Gewalt. Das hieße jedoch, die Strukturen anzugehen, die in den USA, Mexiko und den zentralamerikanischen Ländern von Drogenhandel, Ausbeutung der Rohstoffe, Landnahme und einem Heer an billigster Arbeitskraft profitieren.

Im August 2014 besuchte die honduranische Präsidentengattin, Ana García de Hernández, die Migrantenherberge La 72 in Mexiko und sprach davon, dass an einer Verbesserung der Situation gearbeitet würde und das Zeit bräuhete. „Schöne Worte“, kommentierte Marta Sánchez von M3, „die Leute sterben aber Tag für Tag. Sie werden nicht aufhören, ihr Land zu verlassen, das ihnen nur Chancenlosigkeit, Unsicherheit und immer mehr Gewalt bietet.“ Ein Zuhörer hatte sich direkt an die First Lady gewandt: „Keiner von uns würde aus Honduras weggehen und freiwillig seine Kinder zurücklassen, wenn er dort ein gesichertes Einkommen erwirtschaften und in Sicherheit leben könnte.“

Der langjährige medico-Partner M3 fordert von der mexikanischen Regierung und der internationalen Gemeinschaft, die Migrantinnen und Migranten aus Zentralamerika als Flüchtlinge anzuerkennen und ihnen Schutz zu gewähren. Aktuell bereitet die Bewegung die zehnte Karawane der Angehörigen von in Mexiko verschwundenen Migrantinnen und Migranten vor. Dank der Förderung durch medico waren die Karawanen in den vergangenen drei Jahren sehr viel wirksamer und haben maßgeblich dazu beigetragen, Öffentlichkeit und Medien zu sensibilisieren.

Spendenstichwort: Migration

Armen- virus

Die Ebola-Krise offenbart den Fehler im System

Gesundheitsfachkräfte bilden das Herz jedes Gesundheitssystems. In Afrika fehlen sie auf allen Ebenen: Viele Länder verfügen über nur 5% bis 40% des nötigen Personals. Statt eines Paradigmenwechsels in der globalen Gesundheitspolitik, die aus solchen Krisen lernt und ausreichend Mittel für ein öffentliches Gesundheitswesen sowie das nötige Personal zur Verfügung stellt, werden die Flugverbindungen in Länder wie Liberia gekappt. Statt einer Weltsozialpolitik erleben wir eine Weltgesundheitspolitik, die mit Isolationsstrategien und Militäreinsatz fatal an koloniale Traditionen erinnert. Die nächsten sechs Seiten beschreiben diese Zustände, die Suche nach Alternativen und den Philanthrokapitalismus, der auf seine Weise die nötige Hilfe und das Recht Rechte zu haben durch neofeudalistische Barmherzigkeit ersetzt.

Misstände wurden ignoriert

Sierra Leone: Fragen an Dr. Andreas Wulf zum „Armenvirus“ Ebola und das Krisenmanagement



Dr. Andreas Wulf ist Arzt und medizinischer Projektkoordinator von medico.

Angesichts der Ausbreitung des Ebola-Virus hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Widerspricht eine solche zentral gesteuerte Intervention der Forderung nach einem demokratischen Gesundheitssystem?

Medizinische Maßnahmen zur Eindämmung von Seuchen haben immer eine starke Tendenz zur Zentralisierung und Kontrolle. Dennoch empfiehlt die WHO explizit die Gesellschaften der betroffenen Länder einzubeziehen, die Maßnahmen verständlich zu kommunizieren und die Bevölkerung aufzuklären – nicht nur darüber, wie man sich schützen kann, sondern auch über die Gründe, warum bestimmte Maßnah-

men durchgeführt werden. Die Menschen müssen verstehen, warum Schulen geschlossen werden und plötzlich ein Krisennotstand ausgerufen wird. Viele Millionen Menschen sind hier von direkt betroffen. Problematisch ist nicht so sehr, was die WHO macht oder sagt, die Herausforderung liegt im Übergang in das konkrete Praxishandeln vor Ort. Da steckt der Teufel im Detail. Wenn ein Land kein funktionierendes Gesundheitssystem hat, worauf sollten partizipative Gesundheitsmaßnahmen in diesem Notfall aufbauen?

Der medico-Partner Network Movement for Justice and Development führt das Fehlen eines funktionierenden Gesundheitssystems auch auf den verantwortungslosen Umgang mit den Erlösen aus Rohstoffverkäufen zurück.

Entscheidend dafür, auch Katastrophen besser bewältigen zu können, ist, dass eine verantwortliche und öffentlich zugängliche Infrastruktur existiert. Offensichtlich fallen solche Misstände immer dann erst auf, wenn es zu einer Großkatastrophe kommt. Dann ist die Aufmerksamkeit da und es fließen auch Ressourcen. Es ist in einem solchen Moment besonders wichtig, dass die Öffentlichkeit nachvollziehen kann, was mit den 100 Millionen Dollar passiert, die die WHO aus ihrem Notfalltopf bereitstellt oder den 200 Millionen Dollar, die die Weltbank zur Verfügung stellen will. Werden die wirklich im Sinne der Verbesserung einer flächendeckenden Inf-

rastruktur eingesetzt oder landen sie in den Taschen der Regierungen? Auch bei der Frage nach der Verwendung der Mittel, die Sierra Leone durch den Diamantenhandel zur Verfügung stehen müssten, braucht es Transparenz. Das ist zwar eine andere Ebene, aber es sind beides Fragen der Glaubwürdigkeit und Rechenschaftspflicht, die Politik gegenüber den Menschen hat.

Die Provinzstadt Kenema im Osten Sierra Leones wurde inzwischen abgeriegelt, gleichzeitig wurden infizierte US-amerikanische Ärzte ausgeflogen. Macht sich das Recht auf Sicherheit in Zeiten des Virus auch an der Hautfarbe fest?

Meiner Einschätzung nach ist es weniger eine Frage der Hautfarbe als der sozialen Klasse. Auch afrikanische Expertinnen und Experten oder Eliten werden zur Behandlung ausgeflogen, wenn nötig. Es ist in der Tat wahr, dass Krankheitsausbrüche tatsächlich an bestimmten Punkten nur dann einzugrenzen sind, wenn man vorübergehend die Bewegungsmöglichkeiten von Menschen einschränkt bzw. potenziell Erkrankte identifiziert und eine Zeitlang überwacht, bis sich ein Infektionsverdacht geklärt hat. Das ist mit repressiv-restriktiven Mitteln der Polizei und des Militärs relativ einfach durchzusetzen, muss aber von der tatsächlichen Versorgung von Menschen begleitet werden, die an dieser Bewegungsmöglichkeit gehindert werden. Bei Infektionskrankheiten droht der gesellschaftliche Diskurs aber immer zu kippen. Das wissen wir nicht erst seit HIV/Aids. Wenn solche Abgrenzungen wie bei den Krankheiten aus den Tropen und den Krankheiten der Armen potenziell schon rassistisch oder sozial marginalisierte und diskriminierte Gruppen trifft, bleibt die Gefahr einer Verstärkung immer gegeben. Deswegen müssen wir uns die Begründungen der gesundheitspolitischen Maßnahmen immer genau und kritisch anschauen.

Was machen die medico-Partner vor Ort?

Unsere Partner in Sierra Leone sind in der direkten Kommunikation mit ihren Gemeinden und den Menschen aktiv, um deutlich zu machen, was Ebola ist, welche Maßnahmen zum eigenen Schutz sinnvoll sind und wie Menschen betreut werden können, die möglicherweise infiziert sind. Sie sehen ihre Aufgabe auch darin, über die Situation der betroffenen Gemeinden zu berichten und dies an politische Entscheidungsträger weiterzugeben. Es geht weiterhin nicht nur darum, die Katastrophe zu überwinden, sondern auch danach weiterzumachen, Vorbeugung zu betreiben und das Recht auf Gesundheit und Gesundheitsversorgung tatsächlich in ein konkretes Infrastrukturprogramm von öffentlicher Gesundheit umzusetzen. Die Bilder dieser sehr technisierten Versorgungsmaschine, die angerollt ist, müssen begleitet werden von Forderungen nach langfristigen Reformen für eine funktionierende Gesundheitsfürsorge, -vorsorge und -prävention, die auch dann fortgeführt wird, wenn der konkrete Ausbruch vorbei und die Medien zur nächsten Katastrophe weitergezogen sind.

Das Interview führten Anne Jung und Sara Kolah Ghoutschi

Angesichts der Epidemie haben die lokalen medico-Projektpartner in Sierra Leone ihre laufende Arbeit in den Gemeinden angepasst. Jetzt geht es um Aufklärung von Tür zu Tür, um Debatten im Community Radio, das Training von Freiwilligen. Damit die Menschen wissen, wie sie sich vor Ebola im Alltag schützen können und Kranke nicht ausgrenzt werden. Unsere Partner thematisieren auch den fehlenden Zugang zu sauberem Wasser und die miserable Ausstattung im Gesundheitsbereich. Und all das kann man ändern.

Spendenstichwort: Sierra Leone

Einfluss nehmen ohne sich aufzugeben

Ein Workshop des Gesundheitsnetzwerkes
Go4Health in Berlin

Moses Mulumba ist Anwalt, wie viele im Raum. Als Geschäftsführer eines Menschenrechtszentrums in Uganda beschäftigt er sich mit der Frage, wie das Menschenrecht auf Gesundheit nicht nur Verfassungsrang haben, sondern auch als Praxis für jede und jeden realisiert werden könnte. Als er ans Mikrofon trat, hörten ihm die Mitdiskutanten aus aller Welt aufmerksam zu. Denn er sprach hier in Berlin Anfang September auf dem u.a. von medico organisierten Workshop „Das Recht auf Gesundheit in der Post-2015-Agenda“ für diejenigen, denen dieses Menschenrecht auf geradezu erschütternde Weise verweigert wird. Moses Mulumba musste die Ebola-Epidemie nicht nennen. Er betonte lediglich, wie außerordentlich bedeutsam für die Gesundheitsinfrastruktur in Ländern wie Uganda oder gar Liberia und Sierra Leone die globalen Entscheidungen und politischen Agenden sind. „Bei uns“, so Moses Mulumba, „setzt der Global Fund die Prioritäten im Gesundheitswesen.“ Der Global Fund zur Bekämpfung von HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria, der 2002 als globales Finanzierungsinstrument geschaffen wurde, setze dabei auf Dezentralisierung, die Förderung privater Gesundheitsdienstleister und Public Private Partnership, so Moses. Er habe die nötigen Mittel, um nationale Gesundheitspolitik zu definieren. Die Errichtung eines öffentlichen Gesundheits-

wesens allerdings hat der Global Fund so wenig auf der Agenda wie Krankheiten, die nicht in seinem Mandat liegen.

Auch David McCoy, britischer Gesundheitsexperte und einer der Protagonisten des vom People's Health Movement herausgegebenen jährlichen alternativen Weltgesundheitsberichts „Global Health Watch“, kritisierte in Berlin den Global Fund. Der Global Fund betreibe in der Weltgesundheitspolitik eine Art „Antipolitik“, die als Begründung dafür diene, dass man sich nicht mit den Ursachen der gesundheitlichen Ungleichheiten beschäftigen könne. Die Ebola-Krise zeige, welche fatalen Konsequenzen diese Verweigerung habe.

Das Forschungskonsortium Go4Health, dem medico als zivilgesellschaftlicher Partner angehört, beschäftigt sich mit den qualitativen Indikatoren für einen universellen Zugang zu Gesundheit. Gemeinsam mit medico hat es den Berliner Workshop ausgerichtet. Der Menschenrechtsanwalt Gorik Ooms vom Tropenmedizinischen Institut Antwerpen, gleichzeitig Koordinator des Forschungskonsortiums, nannte in Berlin das entscheidende Ziel: „Das Recht auf Gesundheit für alle verwirklichen.“ Dieses Ziel müsse sich, so Ooms, in der Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung wiederfinden, die

im UN-Rahmen derzeit diskutiert wird. Go4-Health will diesen Prozess mit seinen Forschungsergebnissen beeinflussen. Ooms präsentierte auf dem Workshop einen ernüchternden Zwischenstand. Die Vorschläge, die von der zwischenstaatlichen Open Working Group on Sustainable Development (Arbeitsgruppe zu nachhaltiger Entwicklung) für die künftige Entwicklungsagenda erarbeitet wurden, seien ein „reines Durcheinander“ und in sich höchst widersprüchlich. Einerseits würde ein „nachhaltiges Management der globalen Gemeingüter“ sowie die Reduzierung der „Ungleichheiten in und zwischen den Staaten“ gefordert. Aber immer dann, wenn es an die politische Umsetzung solcher Forderungen ginge, bleibe die Agenda vage. Zur Finanzierung gebe es nur einen einzigen Vorschlag: mehr Handel. Es gebe keine Verpflichtung zur Beteiligung lokaler Gemeinwesen und auch keine auf die universelle Gültigkeit. Zwar schlage die Weltgesundheitsorganisation WHO als Ziel „Universal Health Coverage (UHC)“ – eine allgemeine Gesundheitsfürsorge – vor, was das aber genau bedeute, bleibe Auslegungssache.

Amit Sengupta, indischer Arzt und Herausgeber des Global Health Watch, bezeichnete das Konzept der Universal Health Coverage als eine „Nebelkerze“. Sie verhülle, dass nichts an den Machtverhältnissen, die die Weltgesundheit verschlechtern, verändert werden soll. So schlug David Evans, der das Konzept für die WHO mit entwickelt hatte, auch Skepsis entgegen. Die brasilianische Gesundheitsexpertin Isabela Soares Santos, Vizepräsidentin des Brasilianischen Zentrums für Gesundheitsstudien (CEBES) befürchtete, dass die Idee der Universal Health Coverage in Brasilien dazu missbraucht werden könne, das mühsam erkämpfte öffentliche Gesundheitssystem auszuhöhlen und öffentliche Gelder für die weitere Privatisierung des Gesundheitswesens abzu-zweigen. Es enthalte eben kein klares Be-

kenntnis zu einer öffentlichen Gesundheitsfürsorge mit ihren Prinzipien der Umverteilung.

Bei dem Berliner Workshop waren Gesundheitsexperten, Forscher, Vertreter von Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen aus aller Welt versammelt, eine globale Vernetzung, die mit vielen lokalen Öffentlichkeiten verknüpft ist – und eigentlich eine Chance für eine transnationale Öffentlichkeit, die handfeste Regularien für das Recht auf Gesundheit durchsetzen könnte. Doch dem steht derzeit eine Denkweise gegenüber, die die Lösung nicht in Rechten und damit korrespondierenden öffentlichen Verpflichtungen sieht, sondern im Philanthropkapitalismus à la Bill Gates (siehe das nachstehende Interview). Ob dies gleich dazu führen muss, dass man sich angesichts der Machtverhältnisse ganz aus den globalen Debatten um nachhaltige Entwicklungsziele zurückzieht, wie dies Barbara Unmüßig von der Heinrich-Böll-Stiftung forderte, sei dahingestellt. Eines aber wurde in Berlin klar. Der Maßstab für einen Paradigmenwechsel in der globalen Gesundheitspolitik lautet: Das Recht auf Gesundheit ist ohne Umverteilung von Reich zu Arm und ohne bindende Regulierungen nicht zu gewährleisten. Damit ist eine Sollbruchstelle des herrschenden Systems genannt.

Katja Maurer

In dem Text „Ebola: Can global health be sustainably promoted without a framework convention for global health?“ fordern die Gesundheitsexperten Eric A. Friedman, Lawrence O. Gostin, Mayowa Joel und Rotimi Sankore die Etablierung einer Rahmenkonvention zur globalen Gesundheit unter afrikanischer Führung. Eine Übersetzung des Textes ist unter www.medico.de/ebola veröffentlicht.

Gates ist rücksichtslos

Warum die Milliarden des Microsoft-Gründers Abhängigkeiten verlängern. Fragen an David McCoy



David McCoy ist wie auch medico Mitglied im weltweiten People's Health Movement. Er hat in einer Studie die Gesundheitsprogramme der Gates Foundation untersucht.

Die Bill & Melinda Gates Foundation ist die weltweit bekannteste philanthropische Stiftung. Sie unterstützt primär die Bekämpfung von Krankheiten in armen Ländern. Sie sind einer der wenigen Mediziner, die das kritisieren. Warum?

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Stiftung nicht nur eine Wohltätigkeitsorganisation ist, sondern Einfluss auf Politik, Forschung und selbst journalistische Berichterstattung hat. Mit einem Stiftungsvermögen von 29,3 Milliarden Euro ist sie extrem mächtig. Die Stiftung unterstützt eine breite Auswahl von Organisationen und wirkt durch sie. Dazu gehören die Weltgesundheitsorganisation (WHO), große Gesundheitspartnerschaften zwischen der öffentlichen Hand und Unternehmen wie Global Fund

oder der Globalen Allianz für Impfstoffe (GAVI), internationale Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitute und führende Universitäten in den USA und Europa, die zu globaler Gesundheit arbeiten. Die Stiftung unterstützt sogar die Weltbank. Sie konzentriert ihren Einfluss und ihr Geld auf wenige ausgewählte Technologien und Krankheiten, insbesondere HIV, Tuberkulose, Malaria und solche, gegen die man impfen kann.

Und das ist schlecht?

Sicher ist es gut, mehr Geld für Impfungen und die Behandlung dieser Krankheiten in armen Ländern zu haben. Vor allem zu Beginn, Anfang der 2000er Jahre, hat die Konzentration von Global Fund und GAVI auf Impfungen und nur drei Krankheiten aber dazu beigetragen, dass andere dringende Probleme vernachlässigt wurden. Gesundheitssysteme in armen Ländern müssen sich um viele wichtige Dinge gleichzeitig kümmern: Behandlung von Krankheiten, Vermeidung von Krankheiten durch falsche Ernährung, Zugang zu sauberem Wasser, Ausbildung von Ärzten und Krankenpflegern. Wenn externe Kräfte wie die Gates-Stiftung Programme finanzieren, die sich nur auf wenige Krankheiten oder Technologien konzentrieren, kann das Gesundheitssystem insgesamt Schaden nehmen.

Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Global Fund feierten auch Prominente wie

Bono und Bill Clinton, dass das Programm 8,7 Millionen Leben gerettet habe.

Diese Zahl ist übertrieben. Der Global Fund hat eher drei bis vier Millionen Leben gerettet. Für wichtiger halte ich aber die Botschaft der Werbung, dass Reiche den Armen helfen. Demgegenüber steht die Tatsache, dass das Vermögen aus illegalen Finanzströmen, die aus Afrika herausgehen, um ein Vielfaches höher ist als die Summe der Hilfsgelder, die Afrika erhält. Ein Großteil landet auf Firmen- oder Privatkonten der Elite, oft genug in Steueroasen.

Unbestritten ist aber doch, dass Menschen gerettet werden.

Schnell reagieren, Leben retten und gleichzeitig institutionelle Kapazitäten aufzubauen, das ist die größte Herausforderung im globalen Gesundheitssektor. Wir dürfen aber nicht die Ursachen von Armut, Mangelernährung und Krankheiten vernachlässigen. Sonst bleiben die Armen dauerhaft von Hilfe abhängig. „Leben retten“, das ist ein mächtiges rhetorisches Instrument, um Probleme zu entpolitisieren: „Wir retten hier Leben. Stört uns nicht mit politischen Fragen oder euren Bedenken zu Gerechtigkeit, ökonomischen Entwicklungen, Selbstbestimmung oder Umweltverträglichkeit.“

Helpen globale öffentlich-private Programme zwischen Staaten und Unternehmen wie der Global Fund und GAVI nicht?

Wir sind heute viel besser in der Lage, Menschen unter Armutbedingungen am Leben zu halten. Wir haben etwa eine höhere Lebenserwartung von Menschen mit HIV in Afrika. Die Lehre daraus sollte nicht sein, dass wir immer Medikamente für neue Krankheiten finden, sondern dass Menschen vor neuen Bedrohungen geschützt werden müssen – durch Ernährungssicherheit, Bildung, sauberes Wasser, Beschäftigung und demokratische Institutionen. Bill Gates Fokus auf Charity und Technologie enthält kein Bekenntnis zu sozialer Gerech-

tigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Er stellt auch nicht das Wirtschaftssystem in Frage, das Vermögen von unten nach oben verteilt.

Befürworter halten dagegen, dass Gates Wohlstand zurückgibt, um den Armen zu helfen.

Er gibt kein Geld zurück. Es bleibt unter seiner Kontrolle, wie er es einsetzt. Charity ist oft ein Akt der Großzügigkeit. Aber sie kann auch das Macht- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen Reichen und Armen verstärken oder dazu benutzt werden, ungerechte, undemokratische oder repressive Strukturen zu erhalten.

Warum engagiert sich Bill Gates – profitiert er persönlich davon?

Die Stiftung wurde nicht gegründet, um Geld zu machen. Aber sie ist ein Mittel, um Macht und Einfluss auszuüben. Bill Gates nennt sich einen „ungeduldigen Optimisten“. Aber ich finde, dass seine Hoffnungen konservativ und unambitioniert sind. Ich will eine gerechte Entwicklung – nicht nur Charity. Ich bin hier der ungeduldige Optimist. Deshalb würde ich mit ihm gerne öffentlich diskutieren.

Worüber wollen Sie sprechen?

Darüber, dass Technologie nur ein Teil jeder Lösung sein kann. Ich würde mit ihm über die Unzulänglichkeit des Systems geistiger Eigentumsrechte sprechen und ihn auffordern, sich für Banken-, Buchführungs- und Steuerreformen einzusetzen, die unterbinden würden, dass Hunderte Milliarden Dollar auf illegalem Weg Afrika verlassen. Über Handels- und Investitionsabkommen, von denen Investoren und Großkonzerne profitieren und unter denen Menschen und Umwelt leiden. Ich würde ihn fragen, ob das erbärmliche Gehalt Hunderttausender Krankenschwestern und Lehrer weltweit gerechtfertigt ist. Mir würde noch viel einfallen.

Das Interview führte Kathrin Hartmann



1



2



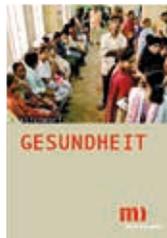
3



4



5



6



7



8

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 medico-Jahresbericht 2013**

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht.

2 Stiftung medico international

[16 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

3 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 medico-Kampagne #untragbar

Kampagnenmaterial: Plakat, Flyer und eine piffige Sprüh-schablone, mit der Sie ihren eigenen Punkt setzen können. Kostenlos bestellen unter: www.medico.de/material.

6 Stichwort Gesundheit

[40 S. DIN A5] Das Sonderheft zur Weltgesundheit bleibt nicht bei der Beschreibung der Katastrophe stehen. medico zeigt Projekte der Abhilfe und beschreibt das Gesundheits-Netzwerk, in dem wir uns global und lokal bewegen.

7 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

8 Unterstützung für ein demokratisches Experiment

[Faltblatt] Syrien braucht jetzt Frieden und Demokratie. Die kurdischen Gebiete in Syrien brauchen heute unsere Anerkennung und Solidarität. Unterstützen Sie die humanitäre Nothilfe für die kurdisch-syrische Region Rojava. Bestellen, verteilen & spenden: Wir schicken Ihnen gerne unseren Aufruf zu.

Ich bestelle:

- _____ **medico Jahresbericht 2013**
 _____ **Broschüre: stiftung medico international**
 _____ **Broschüre zu Testament und Erbschaft**
 _____ **Faltblatt: Hilfe im Handgemenge**
 _____ **Flyer: medico-Kampagne #untragbar**
 _____ **medico Stichwort: Gesundheit**
 _____ **Faltblatt: Umkämpfte Psyche**
 _____ **Faltblatt: Unterstützung für Rojava**
 _____ **Abonnement medico-Rundschreiben vier Hefte/Jahr**

Anzahl _____

Name _____

Straße _____

Ort _____

Meine Spendennummer _____

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
 dass einmalig für diese Bestellung eine
Spende in Höhe von _____ € von
meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO _____

BANK _____

BIC/BLZ _____

Datum _____

Unterschrift _____

Bitte einsenden an
medico international
Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

oder faxen an [069] 43 60 02



Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, langfristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Ar-

beit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die Stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Claire Tillmann und Marek Arlt

Allgemeine Anfragen, Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden, Tel.: (069) 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Claire Tillmann

Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä. Tel.: (069) 944 38-0 | E-Mail: tillmann@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:

medico international

Burgstraße 106

D-60389 Frankfurt am Main

Tel. (069) 944 38-0, Fax (069) 436002

E-Mail: info@medico.de

Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektur: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.



UNITED NATIONS
UNIVERSITY

UNU-EHS

Institute for Environment
and Human Security



Schwerpunkt: Risikoraum Stadt



WeltRisikoBericht 2014

Jährlich erscheint der Weltrisikobericht, den das Bündnis Entwicklung Hilft gemeinsam mit der United Nations University herausgibt. Dieses Jahr beschäftigt sich der Bericht mit dem „Risikoraum Stadt“. Die Erfahrung des Erdbebens in Port-au-Prince, das mit seinen mehr als 300.000 Toten auch Folge eines der Armut geschuldeten Urbanisierungsprozesses ist, macht die Herausforderung für die Arbeit von Hilfsorganisationen deutlich. Die Mitgliedsorganisationen des BEH, darunter auch **medico international**, zeigen in dem Bericht mit analytischen Texten und konkreten Beispielen ihrer Arbeit die Probleme und Handlungsmöglichkeiten im Rahmen dieses Prozesses auf. Die UN-Universität liefert dazu noch aufbereitete Zahlen und Daten.



Wilhelm Sasnal, Untitled, 2013. Linocut on paper, 41.7 x 50.7 cm. Courtesy of the artist.

Näher an Gaza

Auktion internationaler Künstler zugunsten der medico-Partner Physicians for Human Rights-Israel und der Palestinian Medical Relief Society

180 international bekannte Künstler, darunter Yael Bartana, Thomas Bayrle, Shannon Bool, Kerstin Brätsch, Richard Deacon, Jimmie Durham, Mona Hatoum, Wilhelm Sasnal, und Ai Weiwei haben jeweils ein Werk für die sozialmedizinische Hilfe der beiden medico-Partner Physicians for Human Rights-Israel und Palestinian Medical Relief Society gespendet. In der Presseerklärung der Initiatoren, der in Berlin lebenden Künstler Dani Gal und Assaf Gruber, heißt es ohne Umschweife: „Die Künstler haben sich zusammengeschlossen, um in aller Deutlichkeit die Menschen in Gaza zu unterstützen und die anhaltende Besetzung der palästinensischen Gebiete zu verurteilen.“ Die Werke wurden in der renommierten Berliner Galerie Kühlhaus ausgestellt und online versteigert.



medico international